

Barnimer Bürgerpost

die unabhängige Leserzeitung

NR. 169 · 15. JAHRGANG · AUSGABE 2/2009 VOM 6. FEBRUAR 2009 · ERSCHEINT MONATLICH · 1 EURO

3 | **Die B167 (neu)
und kein Ende**
Keine Lösung ohne Kompromisse

7 | **Der Schlaf
der Vernunft**
Analysen zum Gaza-Krieg

15 | **Das Finanzamt
will kein Geld**
Nur Bares ist Wahres, das war einmal

Erneute Rechtswidrigkeit beim Stadtwerkeverkauf sollte nicht an die Öffentlichkeit

Die Angst vor Transparenz geht um

Dem Lagebericht der Geschäftsführung der stadteigenen Technischen Werke Eberswalde GmbH für das Geschäftsjahr 2007 ist zu entnehmen, daß von dem 26-%-Anteil an den Stadtwerken Eberswalde (SWE) nur der Verkauf von 13 % an die E.ON edis AG bereits im Jahr 2006 rechtswirksam geworden waren. Für den Verkauf und die Abtretung des 13 %igen Anteils an den zweiten Mitgesellschafter, der EWE Aktiengesellschaft Oldenburg, konnten die »notwendigen Vertragsbedingungen« nicht erfüllt werden. »Dementsprechend wurde in einem Nachtrag zu dem ursprünglichen Kaufvertrag Ende 2006 vereinbart, daß der ursprünglich geplante Verkauf von 13 % der Anteile an der SWE nunmehr zu 12 % an die EWE Aktiengesellschaft und 1 % an die E.ON edis AG erfolgt.« Die Bezahlung sei dann im Januar 2007 erfolgt.

In der Dezembersitzung der Eberswalder Stadtverordneten fragte der Stadtverordnete Albrecht Triller (Fraktion Die Fraktionslosen) im Zusammenhang mit den Vertragsänderungen beim Anteilsverkauf:

1. Wer hat über die Änderung des Vertrages entschieden?
2. Warum wurde dafür nicht die Zustimmung der Stadtverordnetenversammlung eingeholt?
3. wurde auch die Möglichkeit eines Verzichtes auf den Verkauf dieses Anteils erwogen?
4. Spielte es bei den Überlegungen zum ersatzweisen Verkauf dieses Anteils eine Rolle, daß im Zusammenhang mit Anteilsverkäufen Schmiergelder von den Anteilskäufern geflossen waren? (vgl. BBP 1/2009)

Die Antwort auf diese Fragen fand sich in den Presseunterlagen zur Januarsitzung der StVV. Merkwürdigerweise stand auf dem Umschlag handschriftlich der Vermerk »vertraulich«. Noch merkwürdiger war, daß auf Nachfrage mehrere Stadtverordnete bestätigten, daß auch sie die Antwort »vertraulich« erhielten. Vielleicht ein Versehen? Der Niederschrift der Dezember-StVV war eindeutig zu entnehmen, daß es sich um eine Anfrage im öffentlichen Teil handelte. Wörtlich heißt es dort: »Herr Boginski erklärt, daß die Anfrage bzgl. TWE schriftlich beantwortet wird.« Kein Hinweis auf Vertraulichkeit, was bei einer öffentlichen Anfrage ja auch überrascht hätte. Wie dem Antworttext zu entnehmen ist, ist nichts enthalten, was entsprechend der Kommunalverfassung irgendeinen Anlaß für Nichtöffentlichkeit geben könnte.

Allerdings enthält die Antwort eine ganze Reihe von Aussagen, die den Wunsch der Stadtverwaltung nach möglichst wenig Öffentlichkeit verständlich erscheinen lassen. Insbesondere hat die Behauptung, »der Verkauf ALLER Anteile war politischer Wille der Mehrheit der Stadtverordneten« keine reale Grundlage. Es gibt nämlich keinen gültigen Beschluß der Stadtverordnetenversammlung über den »Verkauf aller Anteile«. Auf welchen Beschlußtext sich der 1. Beigeordnete Lutz Landmann in seiner Antwort bezieht, bleibt daher völlig unklar. Um einen Beschluß der Stadtverordnetenversammlung kann es sich nicht handeln.

Der Verkauf des verbliebenen 26-%-Anteils an den Stadtwerken Eberswalde geht auf einen Beschluß der in seiner personellen Zusammensetzung mit dem Hauptausschuß identischen TWE-Gesellschafterversammlung vom 12. Mai 2005 zurück, der im Nachhinein von der Unteren Kommunalaufsicht ausdrücklich als rechtswidrig gekennzeichnet



Per Amtseid schwor Bürgermeister Friedhelm Boginski am 30.11.2006, die Gesetze einzuhalten. Fast zeitgleich gab es im Zusammenhang mit dem Verkauf der Stadtwerke eine erneute Rechtswidrigkeit. Geschah dies hinter dem Rücken des neuen Bürgermeisters? Wer ist dafür verantwortlich?

net, aber dennoch als gültig anerkannt wurde. Landmann sagte daraufhin in Vertretung des Bürgermeisters die zum 14. Juli 2005 einberufene StVV-Sondersitzung, auf der die Stadtverordneten über den Stadtwerkeverkauf entscheiden sollten, kurzfristig ab (BBP 8/2005).

Ein Jahr später wurde offenbar, daß im Zusammenhang mit dem Stadtwerkeverkauf beträchtliche als Spenden deklarierte Bestechungsgelder geflossen waren. Die Ermittlungen wegen Bestechung gegen die Vertreter der Mitgesellschafter EWE und e.dis wurden inzwischen gegen Zahlung beträchtlicher Geldsummen eingestellt. Zum Stand der Ermittlungen wegen Korruption gegen den ehemaligen Bürgermeister Reinhard Schulz und den 1. Beigeordneten Lutz Landmann gibt es keine aktuellen Informationen.

Zumindest wunderlich erscheint die Antwort, wonach der Anteilsverkauf die Liquidität der TWE »langfristig sichern« sollte. Denn mit dem Verkauf verloren die TWE eine der wichtigsten Einnahmequellen. Für 2006 wären beispielsweise 630.000 Euro Gewinnausschüttung fällig gewesen (BBP 11/2008).

Zur Frage, wer über die Änderung des Vertrages entschieden hat, heißt es in der Antwort nur, daß die Mitgesellschafter miteinander verhandelt hätten. Wer seitens der Stadt Eberswalde dem geänderten Vertrag zugestimmt hat, verrät Landmann nicht. War es der neue Bürgermeister, der Ende 2006 gerade das Amt übernommen hatte?

Gemäß Gemeindeordnung hätte das in jedem Falle in der Zuständigkeit der Stadtverordnetenversammlung gelegen. Der ersten Rechtswidrigkeit von 2005 wurde eine zweite hinzugefügt.

Damit wird verständlich, warum die Angelegenheit das Etikett »vertraulich« erhielt und weshalb die Fragen Nr. 2, 3 und 4 in Landmanns Antwort per Federstrich für »nicht relevant« erklärt wurden.

GERD MARKMANN

Die erste Neun

Hiermit soll das neue Jahr begrüßt werden. Es hat alles Zeug, um eines der bemerkenswerten Jahre zu werden. Vor allen kommt zum erstenmal in diesem Jahrtausend die Neun vor, die magische Zahl unserer keltischen Vorfahren. Wenn das kein Grund für große Taten ist. Deshalb gibt es zum Beispiel jede Menge Jubiläen. Das fängt schon mit der Schlacht am Teutoburger Wald an und geht über die Französische Revolution bis zur mehrmaligen Gründung der deutschen Staaten. Verbrechen, Katastrophen, Erfindungen, Ehescheidungen und Todestage, Lug und Betrug, an alles Mögliche wird man sich erinnern. Auch haben wichtige Persönlichkeiten, wie Kaiser Wilhelm oder Kanzler Schmidt runde Geburtstage.

Insbesondere wird man sich ausgiebig mit dem Zusammenbruch der DDR befassen. Natürlich werden sich die Helden feiern lassen und die Sieger der Geschichte ausgiebig auf den Verlierern rumtrampeln. Das kennt man schon und es bringt eigentlich auch kaum noch jemanden aus der Ruhe. Hoffentlich reißen die lieben Kollegen nicht wieder neue Wunden auf. Also geht vorsichtig miteinander um, die Geschichte war und läßt sich nicht ändern.

Natürlich kann man aus der Geschichte lernen. Zum Beispiel, daß die Herrschenden selten oder nie einen Plan haben. So lange es gut läuft, lassen sie sich feiern und behaupten, das Katastrophenmanagement im Griff zu haben. Statt dessen werfen sie den Bettel hin oder hauen ab, wenn es Schwierigkeiten gibt. Manch einer bekommt noch eine Pension, damit er nicht verrät, wie unbedarft die Chefs sind und die starken Charaktere bringen sich selbst um, was auch keinen Nutzen hat.

Aus dem hektischen Treiben der vergangenen Wochen läßt sich auch nicht erkennen, wie man eine Wirtschaftskrise meistern könnte. Das wäre doch ein Anlaß, endlich die Konzepte zum Umbau der Gesellschaft aus den Schubladen zu holen und mit der Umsetzung zu beginnen. Statt dessen sitzen alle wie Kaninchen vor der Schlange und warten was Frau Dr. Merkel sagt. Dann meckern sie ein bißchen.

In solchen Zeiten sind zumindest Ideen gefragt. Man könnte eine gemeinsame Weltwährung einführen, oder überlegen, wie man ökonomisch und ökologisch mit den Ressourcen umgeht, wie es sich in einer reichen, alternden Gesellschaft gut leben läßt, wie man Gier der Menschen zügeln kann, wie sich die Landflucht in der Uckermark aufhalten läßt.

Probleme über Probleme und Chancen ohne Ende. Nur Mut liebe Leute.

Wir haben die erste Neun im neuen Jahrtausend und werden was Großes erleben.

Dr. MANFRED PFAFF

Friedensbündnis Eberswalde

Erklärung zum Gaza-Krieg

Das Bündnis für den Frieden Eberswalde hat sich am 9. Januar 2009 mit einer Erklärung an Bundeskanzlerin Merkel, an die diplomatischen Vertretungen Israels, Palästinas und die Hamas-Führung (über Syriens Botschaft) gewandt. In dem von Rolf Richter, Albrecht Triller und Pfarrer i.R. Hans-Dieter Winkler unterzeichneten Schreiben wurde Entsetzen über die Art der Kriegführung in dem dicht besiedelten, hermetisch abgesperrten Gebiet – ohne Evakuierungsmöglichkeiten für Kranke und Verwundete, für Frauen und Kinder – bekundet und an die Konfliktseiten appelliert, Völkerrecht und Menschenrechte zu respektieren.

Von der Bundesregierung wurde gefordert, alle Möglichkeiten zu nutzen, um sofortige Waffenruhe und Öffnung der Grenzübergänge zu erzwingen. Das Bündnis erklärte seine Solidarität mit allen, »die sich für einen gerechten Frieden zwischen Palästinensern und Israelis einsetzen, insbesondere mit den Aktivisten der israelischen Friedensbewegung.«

Wegen der Dringlichkeit wurde der Text am 7. Januar einem begrenzten Personenkreis und den Eberswalder Parteibüros (an Bürgermeister Boginski auch für die FDP) zugesandt und um Unterstützung gebeten. Bis zum Absendetermin (9.1.09) gingen folgende Unterstützungserklärungen ein:

Martin Appel, Gemeindepädagoge; Eberswalde, Prof. Dr. Johannes Creutziger, Mathematiker, FH Eberswalde; Ralf Christoffers, MdL, Bernau; Eckhard Herrmann, Metallbildhauer, Eberswal-

de; Olaf Himmel, DGB-Regionalsekretär; Willibald Jacob, Pfarrer i.R., ehem. MdB, Berlin; Thorsten Kleinteich, Kreisgeschäftsführer Bündnis 90/Grüne; Margitta Mächtig, Vorsitzende der Kreistagsfraktion DIE LINKE, MdL, Biesenthal; Karen Oehler, Stadtraktionsvorsitzende Bündnis 90/Grüne; Hartwin Schulz, Sozialdiakon, Eberswalde; Prof. Dr. U.-G. Vahrson, Präsident der Fachhochschule Eberswalde; Marianne Wendt, ver.di-Gewerkschaftssekretärin. Nach Absendung kamen noch folgende Unterstützer hinzu: Ute Krakau, Vorsitzende der Kreistagsfraktion Grüne/Bündnis demokrat. Eberswalde, Lutz Kupitz, Kreisvorsitzender DIE LINKE, Karl-Dietrich Laffin für Kreisverband Grüne/Bündnis 90, Dr. habil. Jürgen Stolpe, Vorsitzender des FDP-Kreisverbandes, Sommerfelde. Seitens der SPD ging keine Rückäußerung ein. Die Eberswalder CDU wollte sich nicht anschließen.

Text und Unterstützerliste wurden der Märkischen Oderzeitung mitgeteilt. Doch die Lokalredaktion befand, »höhere Politik« gehöre nicht in den Lokalteil. Die MOZ-Leser im Barnim erhielten also keine Information über diese Initiative, wie auch die Berichterstattung der MOZ über das dramatische Geschehen in Gaza überaus spärlich war. Das Blatt folgte damit der vorgegebenen »Linie« aller deutschen Mainstream-Medien (»was ich nicht weiß, macht mich nicht heiß«).

ROLF RICHTER

Der Text des Schreibens ist bei den drei Unterzeichnern abrufbar.

siehe Seite 7

Kooperation Tierpark – Brandenburgisches Viertel

Tierparkdirektor und Ortsvorsteher vereinbaren Zusammenarbeit

Eberswalde (cz). Am 21. Januar trafen sich Tierparkdirektor Dr. Bernd Hensch und der Ortsvorsteher des Brandenburgischen Viertel Carsten Zinn zu einem gemeinsamem konstruktiven Sondierungsgespräch. Ziel des Gespräches war es als unmittelbare territoriale Nachbarn gemeinsame Möglichkeiten auszuloten, wie der Tierpark Eberswalde mit seinem Team einen konstruktiven Beitrag in der Umwelterziehung, in der Jugendsozialarbeit, in der Familienerziehung insbesondere bei sozial Benachteiligten aber auch bei der Integration von MigrantInnen für das Brandenburgische Viertel in Eberswalde im Rahmen seiner Möglichkeiten leisten kann. Umgekehrt gilt es nach Möglichkeiten zu suchen, um den Tierpark mit Arbeitseinsätzen insbesondere der Sicherung von Ordnung und Sauberkeit und ähnlichen Aktionen zu unterstützen. Beide Seiten haben vereinbart sich zeitnah im Brandenburgischen



Viertel zu treffen um mit AkteurInnen der Familien- und Sozialarbeit das sach- und ergebnisorientierte Gespräch zu führen. Zielstellung ist es spätestens im 2. Quartal 2009 diesbezüglich eine gemeinsame Kooperationsvereinbarung zu unterzeichnen.

WO MAN GESCHICKT DIE FALSCHEN FRAGEN STELLT, MUß MAN DIE RICHTIGEN ANTWORTEN NICHT FÜRCHTEN.

ERHARD EPPLER (1973-1992 Vorsitzender der Grundwertekommission der SPD)

Die B 167 (neu) – und kein Ende

Die Kritiker der B167 (neu) ruhen nicht und führen immer wieder alte und neue Argumente ins Feld, um einen Anschlußbau dieser Straßenführung zwischen Bad Freienwalde und Eberswalde zu verhindern. Im Dreierpack stellten sie in der Dezemberausgabe der Barnimer Bürgerpost ihre Bedenken zur Diskussion. Eine Befürwortung dieses Anliegens konnte aber bisher weit und breit nicht gefunden werden.

Nun bekenne ich sehr freimütig, daß ich, ebenso wie mein Ortsverband der FDP, zu den Befürwortern eines Neubaus der B 167 gehöre. Dies begründet sich hauptsächlich mit der Überlegung, daß für den Kernbereich der Stadt Eberswalde und den Gemeinden, durch die die jetzige B 167 führt, eine noch so geringe Verkehrsentlastung segensreich wäre.

Warum befragen die Bekenner eine »Nullvariante«, d.h. alles bleibt so wie es ist, wie beispielsweise die BI »Keine Schnellstraße«, die Naturfreunde oder die Vertreter des NABU nicht die Anwohner der B167 nach Ihre Meinung? Speziell in Eberswalde im Bereich der Breiten Straße, wo mehrere Verkehrsströme zusammenfließen, wäre eine Erhebung zum Für und Wider sehr aufschlußreich. Hier würden sie etwas von dem Gestank, von der starken CO₂-Emissionen, vom Dieselpartikelausstoß, von der Schallemission und von der Schwingungsbelastung der Häuser erfahren, alles Faktoren die dazu führen, daß bei Beibehaltung der Trassenführung die Straße zu einer toten, sprich unbewohnbaren Zone entstehen wird. Die Innenstadt wird bei Inversionswetterlagen zur »Roten Zone«, in der die Nutzer der Rathauspassage, des Marktes und Besucher der Stadtverwaltung wie in Japan mit einem Mundschutz über die Straße gehen müssen.

Eine Begründung der Trassengegner, daß die angebliche Verlängerung der effektiven Fahrstrecke bei dem Neubau zu einem Treibstoffmehrverbrauch führen (NABU) und von den Benutzern aus Kostengründen abgelehnt wer-

den würde, erscheint mehr als laienhaft. Sollte tatsächlich die Strecke der Umgehung 8 km länger werden, wird diese sicher aufgrund der dort möglichen Fahrweise weniger Kraftstoff verbrauchen, als bei einer Fahrt durch die Innenstadt mit den massenhaften stop-and-go Strecken vor Kreuzungen und Ampeln.

Das weitere Argument, daß die Nutzer der jetzigen B167 diese auch weiter nutzen würden, ist auch sehr allgemein betrachtet. Warum frage ich, sollte ein PKW, der aus Sommerfelde, Tornow oder Hohenfinow kommt und zur Autobahn, nach Britz, Golzow, Lichterfelde, Joachimsthal oder in Richtung Angermünde fahren will durch die Stadt und nicht über die neue Trasse fahren? Warum sollte der Brummi-Fahrer mit seinen Zig-Tonner durch die Stadt fahren und die Abwasserkanalschächte mit seinem Gewicht in den märkischen Sand drücken, wenn er sein Ziel über eine klare Straßenführung ohne Zeitverzug besser erreichen kann? Um Argumenten vorzubeugen, die schweren Lastzüge fahren besonders nachts mit oder ohne Umgehung über die B167, um die Autobahnmaut zu sparen.

Alle die Argumente für eine sogenannte »Nullvariante« blenden solche Argumente einfach aus. Es soll überhaupt nicht davon gesprochen werden, daß ein vernünftiges Innenstadtkonzept aus der verkehrstechnischen Sicht ohne solche Umgehung in gewisser Weise Stückwerk ist. Es soll aber daran erinnert werden, daß in der Zukunft ggf. auch eine Südumgehung in Zeiten ohne Wirtschaftskrisen durch unsere Kinder angedacht werden könnte, wie sie unsere Stadtväter aus den 30er Jahren des vorigen Jahrhunderts bereits geplant hatten und deren Realisierung durch den unsäglichen Krieg verhindert wurde. Abschließend sei deutlich gemacht, ich bin für eine umweltverträgliche Variante der Trassenführung und für eine Güterabwägung. Nur ist sicher unumstritten, daß es eine Lösung ohne Kompromisse

nicht geben kann. Es ist andererseits für mich auch unumstritten, daß für mich das Schutzgut Mensch immer im Mittelpunkt unserer gemeinsamen Verantwortung (parteien- und organisationenübergreifend) zu stehen hat.

Dr. habil. JÜRGEN STOLPE,
Vorsitzender des FDP-Ortsverbandes

Angst vor Transparenz?

»Herr Lindner hält einen Vortrag«, »Die gestellten Fragen wurden von Herrn Hein beantwortet«, »Herr Segebart und Herr Dr. Prüger beantworten die Fragen ausführlich«, »Herr Passoke, Herr Trieloff und Herr Lux geben im Namen ihrer Fraktionen Statements zum Haushalt 2009 ab«, »Herr Dr. Mai äußert seine Meinung«... Aussagen in dieser Art ziehen sich durch die gesamte Niederschrift der 3. StVV-Sitzung vom 18. Dezember. Über das, was da geäußert wurde, erfährt der Leser nichts. Seit diesem Jahr kann die Niederschrift auf www.eberswalde.de per Internet abgerufen werden. Das wird als Zugewinn an Transparenz und Offenheit gefeiert. Durchaus zurecht – nur daß die Niederschrift neuerdings sehr inhaltsarm daherkommt.

Nicky Nerbe (Bündnis 90/Grüne) kritisierte die plötzliche Änderung der bisherigen Praxis, die Inhalte der Wortmeldungen in der Niederschrift kurz zusammengefaßt wiederzugeben. Eine Änderung, die mit den Stadtverordneten nicht abgesprochen wurde.

Bürgermeister Friedhelm Boginski jedoch verstieg sich zu der Behauptung, man habe in der vorigen Wahlperiode vereinbart, die Niederschriften kürzer zu fassen, weil Wortprotokolle die protokollierenden Mitarbeiter überlasten würden. Richtig daran ist lediglich, daß die angebliche Forderung nach Wortprotokollen schon damals bloße Erfindung war. Richtig ist, daß damals vereinbart wurde, die bis dato übliche Praxis der Kurzzusammenfassungen in der Niederschrift beizubehalten.

GERD MARKMANN

Übersicht Bewirtschaftung Tierpark 1995 - 2008

Jahr	Besucher	Einnahmen			Personalstellen	Ausgaben					städt. Zuschuß	
		Eintritt	sonst. Einn.	gesamt		Pers.kost.	Futter	Heiz./Energ.	sonst. Kost.	gesamt	Plan	Ist
1995	207.046	308.518,22	149.705,56	458.223,78	27,76	712.457,33	58.194,58	70.608,89	236.273,10	1.077.533,90	604.960,55	619.310,12
1996	201.269	291.732,92	63.851,30	355.584,22	27,76	746.557,19	71.378,98	83.880,30	203.764,73	1.105.581,20	593.251,97	749.996,98
1997	207.755	302.238,95	95.793,21	398.032,16	27,88	773.109,57	61.318,19	83.690,14	207.072,81	1.125.190,71	699.089,39	727.158,55
1998	242.371	357.068,87	168.711,44	525.780,31	28,03	837.185,48	69.637,48	143.879,24	319.878,63	1.370.580,83	817.862,49	844.800,52
1999	274.431	660.557,41	148.064,85	808.622,26	28,38	872.717,40	71.511,39	123.430,87	306.246,01	1.373.905,67	619.634,63	565.283,41
2000	295.547	817.280,95	229.190,66	1.046.471,61	32,88	1.075.407,42	70.878,62	125.124,14	339.751,51	1.611.161,69	679.967,07	564.690,08
2001	217.368	581.958,40	200.764,38	782.722,78	34,12	1.123.317,88	81.067,36	141.458,28	335.207,82	1.681.051,34	633.950,80	898.328,56
2002	243.887	797.983,78	185.117,90	983.101,68	33,12	1.190.163,39	75.438,87	152.867,63	367.925,30	1.786.395,19	501.000,00	803.293,51
2003	264.132	799.567,70	236.251,79	1.035.819,49	33,12	1.225.316,16	70.058,97	156.391,48	376.972,24	1.828.738,85	561.800,00	792.919,36
2004	260.072	756.696,30	140.091,24	896.787,54	32,13	1.230.942,39	80.164,10	154.934,10	358.805,29	1.824.845,88	687.200,00	928.058,34
2005	268.404	868.057,50	163.180,36	1.031.237,86	30,53	1.159.931,58	76.383,25	159.059,00	314.671,37	1.710.045,20	662.400,00	678.807,34
2006	254.651	904.953,15	119.130,30	1.024.083,45	31,48	1.228.021,70	72.454,66	174.524,45	306.466,65	1.781.467,46	849.300,00	757.384,01
2007	258.498	942.508,25	136.383,51	1.078.891,76	24/13	1.227.211,62	84.587,41	173.144,06	358.351,26	1.867.303,61	871.100,00	788.411,85
2008	254.353	1.098.975,85	129.937,11	1.228.912,96	31,75	1.271.335,01	85.504,21	210.700,74	402.417,07	1.969.957,03	746.300,00	741.044,07

Bis 2006 Zahl der Personalstellen zum Stichtag 30.6., ab 2007 Vollzeitstellen/Teilzeitstellen zum Jahresende. Zu berücksichtigen ist, daß ab dem Jahr 2000 die Märchenvilla in den Tierpark integriert wurde. 1999 hatte die Märchenvilla 5,2 Stellen, die Personalkosten in Höhe von 207.000 Euro verursachten. Der städtische Zuschuß betrug 1999 für die Märchenvilla 183.741,62 Euro.

Quelle: Stadtverwaltung

Vertrauen. Freiheit. Fortschritt.

Wie in Hessen künftig die Kinderbetreuung finanziert werden soll

»Vertrauen. Freiheit. Fortschritt.«, lautet der Titel der Koalitionsvereinbarung zwischen CDU und FDP, für die bei der zurückliegenden Landtagswahl in Hessen eine Mehrheit der Wähler votierte. Die Koalition wird am 5. Februar im hessischen Landtag besiegelt.

Nicht nur zufällig steht das Wort »Freiheit« als zentrale Position in der Mitte des Titels: So sind beide Parteien der Überzeugung, »daß Fortschritt nur durch eigenverantwortliche Bürger, die ihre Freiheit schätzen und nutzen, erreicht werden kann.« Weiter ist zu lesen, daß das christliche, humanistische und freiheitliche Menschenbild die Grundlage des Handelns sein soll, zu dem »Freiheit und Verantwortung des Einzelnen ebenso gehören wie Bürgersinn und Solidarität«.

Im Folgenden möchten wir auf eine Vereinbarung eingehen, die als richtungsweisend und nahezu revolutionär angesehen werden kann. Zudem ist das Thema für viele Familien aktuell wichtig und wurde zuletzt in der Stadt Potsdam diskutiert. Es handelt sich um ein Modellprojekt bei der Kinderbetreuung: den Betreuungsgutscheine für Kinder im Alter bis zu drei Jah-

ren. Im Beamtendeutsch wird mit dem Gutschein eine Abkehr von der »Objekt- zur Subjektfinanzierung« vollzogen.

Doch was steckt dahinter? Während zur Zeit die öffentlichen Gelder direkt an die Kindergärten überwiesen werden, ohne daß die Eltern gefragt werden, sollen künftig Mitsprache und Wahlmöglichkeiten der Eltern erhöht werden. Zudem sollen die »Gesetze des Marktes« für mehr Qualität und Effizienz sorgen. Dafür wurde der Gutschein erfunden! Erste Erfahrungen liegen aus Hamburg und Berlin vor, auch in Großbritannien gab es ein solches Projekt.

Was verändert sich für die Eltern? Sie erhalten auf Antrag einen Gutschein, der bei einer anerkannten Betreuungsstätte ihrer Wahl eingelöst werden kann. Auch die sog. »Tagesmutter« können mit diesem Gutschein vergütet werden, wenn sie die Mindestanforderungen der Kommune erfüllen.

Zu den Voraussetzungen für eine Ausweitung des Angebotes gehört, daß die Vergütung für die Betreuer finanziell interessant ist. Außerdem dürfen die staatlichen Auflagen nicht zu hoch sein.

Den Eltern wird dadurch – neben mehr Wahlfreiheit – mehr Verantwortung übertragen: Sie sind nun in der Pflicht, den richtigen Betreuer für ihr Kind auszusuchen. Dabei können sie sich in Hamburg an staatliche Beratungsstellen wenden, falls sie nicht genug eigene Erfahrungen haben.

Was verändert sich in den Krippen bzw. Kitas? Stichwort: Kundenorientierung. Weil das Geld mit dem Gutschein kommt, den die zufriedenen Eltern einlösen, wird es in einigen Fällen zu einem Umdenken bei der Betreuung kommen. Für die guten Betreuer wird sich nicht viel ändern. Im Gegenteil: Die Einnahmen werden steigen, wenn sich die Auslastung erhöht! In künftigen Modell-Projekten sollen die Betreuer an den Mehreinnahmen beteiligt werden.

Schließlich soll durch das Modell-Projekt die Bürokratie verringert werden und der Einsatz von Steuermitteln mehr an den Bedarf angepasst werden! Denn letztendlich kommt jeder Euro vom Steuerzahler, und der freut sich nicht nur in Hessen über mehr Netto!

MARTIN HOECK und STEPHAN FISCHER

Bessere Chancen. Für Kinder. Für Brandenburg

SPD-Stadtfraktion initiiert Unterstützungsaktion für Kita-Kampagne

»Bildung von Anfang an« – die Fachwelt ist sich längst einig, daß Kinder von Geburt an sich selbst ein Bild von der Welt machen. Wie aktiv und umfassend sich Kinder entfalten können ist abhängig von den ihnen zur Verfügung stehenden Bildungsmöglichkeiten und Erfahrungsräumen.

Diese werden u.a. durch die Kindertagesbetreuung, insbesondere durch die Kindertagesstätten, gesichert. Um sich bilden zu können, brauchen unsere Kinder eine vertraute Umgebung, verlässliche Beziehungspersonen, emotionale Wärme und Zuneigung als auch anregende Impulse durch die ErzieherIn. Entsprechenden Rahmenbedingungen, um ausreichend Zeit für die Bildung, Betreuung und Erziehung der Kinder zu gewährleisten sind un-

abdinglich. Eine Studie der Bertelsmann Stiftung hat in den vergangenen Sommermonaten noch einmal auf den Punkt gebracht, was ErzieherInnen und Eltern schon längst spüren und wissen: Im Land Brandenburg gibt es zwar weitgehend ausreichend Kita-Plätze, allerdings sind die Rahmenbedingungen für eine qualitativ gute Praxis der Kindertagesbetreuung im Bundesvergleich erschreckend schlecht. Die Folgen sind u.a. zu große Gruppengrößen, wenig Zeit für die intensive Beschäftigung mit dem einzelnen Kind, wenig Zeit für Gespräche zwischen Eltern und den ErzieherInnen.

Im Zuge der landesweiten Kita-Kampagne unter dem Motto »Erst gut für mich, dann gut für Dich« hat die SPD-Stadtfraktion eine Unterstützungsaktion in der Stadtverordneten-

versammlung Eberswalde initiiert. In einem gemeinsamen Schreiben aller Fraktionen an die Landesregierung wird gefordert, daß Handlungsstrategien entwickelt werden, um folgende Forderungen umzusetzen:

1. Verbesserung der Fachkraft-Kind-Relation
2. Anerkennung der tatsächlich zur Verfügung stehenden Arbeitszeit im Betreuungsschlüssel (Vor- und Nachbereitung, Fortbildung etc.)
3. Ein System von Praxisberatung, das den aktuellen Entwicklungen Rechnung trägt
4. Bedarfsgerechte Freistellung für Leitungsaufgaben

HARDY LUX,

Vorsitzender der SPD-Stadtfraktion

Mehr Infos unter: www.kita-ist-bildung.de

Ein »Europa-Büro« für die Stadt Eberswalde

Die Fraktion der Freien Wähler Eberswalde regt die Einrichtung eines Europa-Büros im Rathaus an. Hierzu hat die Fraktion den Beschlusantrag »MitarbeiterIn Europabeauftragter« in die Stadtverordnetenversammlung am 29. Januar eingebracht. Wir verstehen unter dieser Planstelle eine städtische Europa-Arbeit in Sachen Förderprogramme, EU-Projekte und Netzwerke, eine EU-bezogene Öffentlichkeitsarbeit und insbesondere eine EU-Beratung für Unternehmen der Region. Das Europa-Büro soll die Funktion einer zentralen Informations-

stelle übernehmen, die bei EU-Fördermitteln ständig am Ball bleibt und entsprechende Anträge für Eberswalde koordiniert. Ziel sind auch Besuche von EU-Beamten in Eberswalde. Das Büro soll aus der EU informieren und über dortige Strukturen und Ansprechpartner Auskunft geben. Auch eine Beratung bezüglich existierender Förderprogramme und eine entsprechende Unterstützung bei der Akquirierung von Fördergeldern sollte angeboten werden (Wirtschaftsförderung, Arbeitsmarktprogramme, Forschung, Bildung).

Europa-Büros gibt es schon in vielen anderen Städten in Deutschland und wird dort erfolgreich eingesetzt. Bisher gibt es in der Stadtverwaltung keinen Mitarbeiter, der sich mit europäischen Fördermitteln intensiv beschäftigt oder Kontakte nach Brüssel pflegt. Wir erhoffen uns positive Effekte für den Kultur-, Bildungs- und Wirtschaftsstandort Eberswalde. Aus unserer Sicht überwiegt der wirtschaftliche Nutzen dieser Planstelle bei weitem die damit verbundenen Personal- und Nebenkosten.

HEIKE ECKE

An Argumenten nicht interessiert

Eberswalde (bbp). Die Stellungnahme zur Hauptsatzung, über welche die Eberswalder Stadtverordneten am 29. Januar zu befinden hatten, konnte Albrecht Triller (Fraktion Die Fraktionslosen) nur zum Teil vortragen. Nach drei Minuten wurde er von der Vorsitzenden wegen Überschreitung der Redezeit unterbrochen. Als Einreicher von 14 Änderungsanträgen hätte Triller laut Geschäftsordnung wenigstens fünf Minuten Redezeit beanspruchen können – vielleicht sogar 5 Minuten pro Änderung. Allerdings hatte er angesichts der Ablehnung im Hauptausschuß schon zu Beginn seiner Rede veründet, daß er seine Änderungsanträge zurückziehe. Die Argumente interessierten niemanden mehr. Neben Albrecht Triller und seinem Fraktionskollegen Günter Schumacher stimmten schließlich Dr. Andreas Steiner (B90/Grüne) und Frank Banaskiewicz (Freie Wähler) gegen den Hauptsatzungsentwurf. Carsten Zinn (Die Linke), Dr. Günther Spangenberg (Die Fraktionslosen) und Dr. Hans Mai (fraktionslos) enthielten sich der Stimme. Der nachfolgende Beitrag beruht auf dem Redemanuskript.

Die Hauptsatzung gehört zu den Grundsatzdokumenten der Stadt. Sie regelt die wesentlichen Fragen für die innere Verfassung der Gemeinden. Eine wichtige Seite dieser inneren Verfassung ist das Wechselverhältnis von Bürgern und StVV und ihren Gremien. Den Rahmen gibt die Kommunalverfassung vor. Dabei verdiente die neue Kommunalverfassung eine besondere Beachtung mit ihrer Orientierung, die Bürgerbeteiligung umfassender zu gestalten und zu regeln.

Eine neue Geschäftsordnung hatte die frisch gewählte StVV gleich in ihrer ersten Sitzung nach der Neuwahl verabschiedet, ohne Mitwirkung der Abgeordneten bei der Ausarbeitung und ohne gründliche Diskussion. Das ging zu Lasten der Qualität. Dies erkennend wurde darauf verzichtet, die Hauptsatzung in gleicher Weise durchzuziehen. Dementsprechend reichte ich bereits Mitte November Vorschläge ein, mußte aber feststellen, daß diese bei der Überarbeitung des Entwurfes nicht berücksichtigt wurden. Folglich faßte ich die Vorschläge in 14 Änderungsanträge.

Wesentlicher Inhalt meiner Vorschläge sind die satzungsgemäßen Rechte der Bürger und sie zielen darauf ab, die Bedingungen für die Beteiligung der Bürger zu verbessern. Das beginnt mit so einfachen Fragen, wie der Wahl der Sitzungsräume, die die Teilnahme der Bürger an den Sitzungen ermöglichen, die Begrenzung des Ausschlusses der Öffentlichkeit auf das unvermeidbare Maß. Sie betreffen ferner die Möglichkeit der Anhörung betroffener Bürger und deren Teilnahme an der Debatte, wie auch die Anhörung von Sachverständigen aus Bürgersicht. Im Interesse der Transparenz der Arbeit kommunaler Unternehmen hatte ich die Einschränkung der Geheimhaltungspflicht der Vertreter der Stadt in den Aufsichtsräten und Gesellschafterversammlungen dieser Unternehmen angeregt. Auch zum Thema Bürgerhaushalt sollten einige wenige Grundsätze in die Hauptsatzung aufgenommen werden, z.B. zur Vorschlagsberechtigung, zur Festlegung des Gegenstandes des Bürgerhaushalts, zur Veröffentlichung und zur Entscheidung über die Vorschläge.

Alle diese und weitere Vorschläge wurden mit einer Handbewegung vom Tisch gewischt. Dabei hatte das Rechtsamt bestätigt, daß sie rechtlich nicht zu beanstanden sind, und von daher aufgenommen werden könnten, wenn es denn die Stadtverordneten so wollten. Aber

zumindest die Hauptausschußmitglieder wollten dies eben mehrheitlich nicht. Argumente: »Das steht ja schon in der Kommunalverfassung« oder »das gehört eher in die Geschäftsordnung«, aber auch »das bläht nur die Hauptsatzung auf« oder »das haben wir doch auch schon so gemacht«. Wenn man etwas nicht will, dann finden sich viele Gründe für eine Ablehnung.

Aber warum wollten die Hauptausschußmitglieder, allen voran der Bürgermeister, diese Vorschläge nicht? Man gefällt sich doch so in der Rolle der Demokraten und Vorreiter in Sachen Bürgerbeteiligung. »Die für den Satzungsentwurf gewählte Vorgehensweise«, hieß es in der Begründung zum ersten Entwurf, »hat den Vorteil, daß alle sich im Zusammenhang mit der Hauptsatzung zu regelnden Angelegenheiten konzentriert in der Hauptsatzung befinden.« So wurde eine ganze Reihe von Vorschriften der Kommunalverfassung einfach in die Hauptsatzung übernommen. Es geht, wenn man will. Aber wenn ich vorschlage, bestimmte Passagen aus der Kommunalverfassung zur Stellung der Stadtverordneten zu übernehmen, dann will man das eben nicht. Statt dessen gerät in § 8 die skandalöse Regelung in die Hauptsatzung, wonach die Stadtverordneten gefälligst alle Sitzungen zu besuchen haben, sonst verlieren sie ihren Anspruch auf Entschädigung. Auch zu den Ausschüssen fiel den Autoren des Satzungsentwurfes nicht viel ein. Vergleicht man die mageren Aussagen zu den Ausschüssen in § 10 mit dem Abschnitt Beiräte und Beauftragte, könnte man den Eindruck gewinnen, Ausschüsse wären überflüssig. Nach Amtsantritt von Bürgermeister Boginski schien es zeitweilig so, als wolle er Rolle und Rechte der Ortsbürgermeister, jetzt Ortsvorsteher, stärken. Doch in der Hauptsatzung sucht man vergeblich einen Paragraphen über die Rolle und Stellung der Ortsbeiräte und Ortsvorsteher.

Meine zusammengefaßte Meinung: Zwar ließ man die ursprüngliche Absicht zur raschen Verabschiedung der Hauptsatzung fallen und hat Zeit für die Diskussion eingeräumt, aber das Ergebnis ist ernüchternd. Die Chance, mit der neuen Kommunalverfassung die Qualität der Hauptsatzung zu steigern und die Bürgerbeteiligung zu stärken, wurde vertan. Selbstzweifel hinsichtlich der Bedeutung eines Bündnisses für ein demokratisches Eberswalde können angesichts dieser Hauptsatzung und der Diskussion jedenfalls nicht aufkommen.

ALBRECHT TRILLER, Die Fraktionslosen

Jugendfreizeitangebote

Eberswalde (hjm). Im Ergebnis der Jugendsprechstunde des Ortsvorstehers Carsten Zinn (Die Linke) am 7. Januar fand diese am 24. Januar eine Fortsetzung im »Club am Wald«. Waren beim ersten Treffen 10 Jugendliche anwesend, waren es diesmal 24. Das zweite Treffen stand unter Leitung des Stadtjugendpflegers Edmund Lenke. Außerdem nahmen Martin Hoeck (FDP), Vorsitzender des städtischen Sozialausschusses, Aileen Schlemonat vom Eberswalder Kinder- und Jugendparlament, Frank Bestritzki, mobiler Sozialarbeiter vom Kontaktladen Eberswalde des Sozialpädagogischen Institutes sowie Karl-Dietrich Brückner, städtischer Streetworker, teil. Der Ortsvorsteher, der an diesem Tage anderweitig terminlich gebunden war, ließ sich durch Hans-Jürgen Müller, sachkundiger Einwohner für die Stadtfraktion der LINKEN im Ausschuß für Bau, Planung und Umwelt, vertreten.

Zahlreiche Jugendliche hatten sich bereits im Vorfeld der zweiten Gesprächsrunde mit dem Flair des »Club am Wald« vertraut gemacht und betonten, daß sie eine gute Aufnahme fanden. Streß mit älteren Jugendlichen gab es bisher nicht. Die Jugendlichen regten in dieser kurzzeitigen zwanglosen Beratung an, den Club unbedingt auch am Wochenende zu öffnen. Edmund Lenke versprach eine konstruktive Lösung im Interesse aller Beteiligten zeitnah zu finden. In der Winterferienwoche wird der Club bereits ab 14 Uhr geöffnet sein.

Viele weitere Ideen und Anregungen wurden seitens der Jugendlichen getätigt. Zum Beispiel soll es organisierte Wochenendfahrten und Sportveranstaltungen geben. Die Mitarbeit in der AG Medien aber auch die Mitorganisation von anspruchsvollen und altersgerechten Partys im Club sollten Bestandteil des dynamischen Jugendlebens sein, natürlich unter Beachtung und der Einhaltung der Bestimmungen des Kinder- und Jugendschutzgesetzes und der Hausordnung.

Dietlind Barz, die gute Seele des Hauses und gleichzeitig auch erste Ansprechpartnerin im Auftrage der Stadtverwaltung, gab den Hinweis, daß es auch die Möglichkeit gibt, Mitglied im Verein »Young Rebels« zu werden, der unter anderen die Jugendarbeit im Brandenburgischen Viertel unterstützt. Um die spezifischen Interessen der Jugendlichen im Viertel noch besser kennenzulernen, werden Listen im Club ausgelegt, in die jeder seine Interessen, Hinweise, Anregungen und Wünsche eintragen kann. Verwiesen wurde auf das Umweltprojekt »Juleika« und die Gruppenleiterschulung im Oktober diesen Jahres dazu. Das Kinder- und Jugendparlament sollte zukünftig als erster Ansprechpartner für Sorgen, Nöte, aber auch konstruktiven Kritiken und Hinweise genutzt werden. Kommunalpolitisch interessierte Jugendliche können und sollten auch selber die Chance nutzen sich auf den verschiedensten Ebenen aktiv einzubringen.

Das Problem »WITO«

Die WITO Wirtschafts- und Tourismusentwicklungsgesellschaft mbH des Landkreises Barnim, ist seit ihrer Gründung nicht unumstritten. Das liegt einmal daran, daß derartige Gesellschaften den Erfolg ihrer Tätigkeit nur schwer mit abrechenbaren Zahlen belegen können... Zum andern wird ihre Gründung hier und da als Mittel zur Pöstchenversorgung angesehen. Nun ist das ein recht diffuser Verdacht, der bislang auf Belastbarkeit nicht abgeklopft wurde. So könnte man über beide Einwände gegen die WITO hinweggehen.

Eine andere Sache ist es, wenn der WITO Gelder mit zweifelhafter Begründung zugeleitet werden. So geschehen auf der Kreistagsitzung am 28. Januar, auf der sich drei Vorlagen (SPD-1/09, CDU-1/09 und I-20-06/09) mit der WITO befaßten. So sollte die WITO das sogenannte Innenmarketing, d.h. die Betreuung der Unternehmungen, ihre Zusammenarbeit und Vernetzung, Entwicklung und Qualitätskontrolle der Produkte, welches bislang die Tourismusgesellschaft Barnimer Land (TG) vor allem ehrenamtlich durchführte, übernehmen.

Mit der Begründung, Außenmarketing und Innenmarketing in einer Hand zu haben, sollte die WITO 100.000 Euro erhalten. Der TG wurde vorgeworfen, ihre bisherige Aufgabe nicht zufriedenstellend erfüllt zu haben. Da kann aber etwas nicht stimmen. Wurde doch die Arbeit der TG bisher immer mit großem Lob bedacht... Da wurden die ehrenamtliche Tätigkeit, die zunehmende Zahl an Touristen, die neuen regionalen Initiativen und Betriebe sowie deren für den Kreis Barnim werbenden Produkte als Zeichen positiver Entwicklung vorgestellt... Meinen Einwänden wurde nicht widersprochen, vielmehr stimmte man rasch der Geldausgabe zu. Meine Einwände sind: Warum 100.000 Euro für eine Aufgabe, die bisher eine TG ohne 100.000 Euro ehrenamtlich durchführte? Warum Entzug des Innenmarketings, wenn doch offensichtlich die TG das geschicktere Händchen in dieser Sache hatte, da sie ohne die 100.000 Euro operierte. Wenn schon Übernahme der Aufgabe von der WITO, warum kein Erfahrungsaustausch mit der TG, wie man ohne 100.000 Euro Innenmarketing betreibt. Gemäß der zweiten Beschlußvorlage bekommt die WITO wegen der jetzigen Finanzkrise weitere 80.000 Euro. Die TG sollte dieses Geld also nicht erhalten. Die dritte Beschlußvorlage erlaubt eine Umstrukturierung der WITO so, daß der Kreis rd. 85 % der WITO übernimmt, also faktisch die WITO selber ist und auf diese Weise sich 100.000 Euro für eine Aufgabe sichern kann, die bisher von der TG kostengünstiger erledigt wurde.

Ich vermissen hier den verantwortungsvollen Umgang mit dem Geld der Bürger. Die sich zu einer übergroßen Koalition zusammengefundene SPD, CDU und Linke und die anderen Unterstützer dieser drei Beschlüsse können auf diese Entscheidung wahrlich nicht stolz sein.

Dr. GÜNTHER SPANGENBERG

Stellungnahme zum Kreishaushalt

Die Fraktion Grüne/Bündnis für ein demokratisches Eberswalde hat keine Anträge zum Haushalt 2009 eingereicht. Dies bedeutet jedoch nicht, daß die Fraktion mit dem vorliegenden Haushalt einverstanden ist. Der Haushalt ist der konzentrierte Ausdruck der herrschenden Politik. Was manchem als nüchterne Sachentscheidung erscheint, erweist sich bei näherer Betrachtung als Ergebnis des politischen Willens der jeweiligen Mehrheit.

Zur Kreisumlage: Die Kreisverwaltung wiederholt beständig, daß der Landkreis mehr Geld an die Kommunen gibt, als er über die Kreisumlage von den Kommunen einnimmt. Tatsache ist, daß der Landkreis keine nennenswerten eigenen finanziellen Mittel erwirtschaftet. Vielmehr dankt der Landkreis seine gute finanzielle Situation dem für den Landkreis Barnim günstigen Maßstab der Schlüsselzuweisungen des Landes. Bei der Bestimmung der Höhe der Kreisumlage sollte auch die Betrachtung der Finanzlage des Kreises einerseits im Vergleich zur teilweise desolaten Finanzlage der Kommunen andererseits beachtet werden. Fehlendes Geld in den Kommunen führt dazu, daß diese versuchen, Leistungen, die sie nicht zwingend erbringen müssen, auf den Landkreis abzuwälzen. Der unselige Beschluß der Eberswalder Stadtverordneten, die weiterführenden Schulen an den Landkreis abzugeben, hat weitreichende negative Folgen ausgelöst. Bei der Stadt ging es nur um jährlich 350 TEuro für die Finanzierung der weiterführenden Schulen. Die Übernahme der weiterführenden Schulen durch den Landkreis hat jedoch bereits viele Millionen kreisliche Investitionen im Schulbereich bewirkt und weitere sollen folgen.

Zur Schulpolitik: Das ist ein zweites wichtiges Problem der aktuellen Politik, die sich im Haushalt 2009 widerspiegelt. Unsere Fraktion hat eine andere Auffassung von Schulentwicklung. Wir treten für den Verbleib der Schulen in den Dörfern und Ortsteilen ein. Schulen sind Teil geistig-kultureller Zentren. Stirbt die Schule – stirbt das Dorf bzw. der Ortsteil. Ein Stadtteil wie Finow mit 10.000 Einwohnern plus Brandenburgisches Viertel (BV) mit 7.500 Einwohnern ohne Oberschule, dafür aber zwei Schulkombinate in Mitte und Westend, das halten wir für eine verfehlte Schulpolitik. Wer behauptet, daß das wirtschaftlicher ist und größere Bildungschancen für die Kinder bringt, der irrt oder ist blind. Das zeigen zum einen die gewaltigen Investitionen, die zur Zusammenführung und Vergrößerung von Schulen erforderlich sind, sowie die Kosten zur Schülerbeförderung usw. Zum anderen beweisen kleine Schulen, daß dort die Lernergebnisse eher besser als schlechter sind. Und wenn behauptet wird, daß die aktuelle Schulpolitik sich aus dem Anwahlverhalten, also dem Elternwunsch, ergibt, so ist dem entgegen zu halten, daß es einen ungebrochenen Run auf freie Schulen gibt. Dem ist nicht durch ablehnende

Stellungnahmen des Landrates zu Anträgen auf Neueinrichtung freier Schulen zu begegnen, sondern nur durch eine Änderung der staatlichen Schulpolitik im Landkreis.

Der geplante Anbau an das Gymnasium Finow für ein berufliches Gymnasium zum Preis von 10 Millionen Euro ist die aktuelle Fortsetzung einer inakzeptablen Schulpolitik. 2007 wurde die Gesamtschule neben dem Finower Gymnasium abgerissen. 2008 fiel die Einsteinoberschule neben der GOST dem Abrißbagger zum Opfer. Und nun ist auch noch die Schwärzeseeschule im BV zum Abriß vorgesehen. Aber der Landkreis will neue Schulgebäude im gleichen Gebiet errichten. Das verstehe wer will. Das kann man nur so interpretieren, daß der Landkreis zu viel Geld hat. Und auch im Umfeld der Stadt Eberswalde wird in Schulen investiert. In Finowfurt werden neue Schulgebäude errichtet und die Zügigkeit erhöht – wohl für die gleichen Schüler, die die Eberswalder Schulkombinate besuchen sollen!?

Zur Zooförderung: Weil der Eberswalder Zoo nicht nur für die Stadt Eberswalde, sondern darüber hinaus für den gesamten Landkreis große Bedeutung hat, begrüßen wir die Absicht des Landkreises, die Stadt mit Zuschüssen zu unterstützen. Wir lehnen das darüber entstandene Gefeilsche ab, ob Teile der zugeachteten Förderung für andere Zwecke genutzt werden können. Die angedachte Förderung sollte in voller Höhe gewährt werden. Besser mittels 100 TEuro Förderung die Eintrittspreise für den Zoo zu senken bzw. sozialer zu gestalten, als für 100 TEuro eine neue Planstelle für die WITO schaffen.

Zum Nahverkehr: Die Verschlechterungen im öffentlichen Personennahverkehr, vor allem durch die Ausdünnung der Linien halten wir für eine Fehlentscheidung und für ein falsches Signal für eine nachhaltige Entwicklung im Barnim. Hier ist der Landkreis als Träger des ÖPNV ebenso in der Verantwortung wie als Gesellschafter der Barnimer Busgesellschaft. Daß wir auch ein Sozialticket im Landkreis für möglich und notwendig halten – denn das Mobilitätsticket ist kein Ersatz dafür – sei hier nur am Rande erwähnt. Wir begrüßen die kreisliche Förderung regionaler Radwegprojekte und wünschen uns hier schnelle Ergebnisse. Zukünftig könnte hier noch mehr getan werden auch im Hinblick auf die Nachhaltigkeitsstrategie des Kreises.

So viel zu einigen wenigen Schwerpunkten kreislicher Haushaltspolitik, die jedoch Auswirkungen in Millionenhöhe auf den Haushalt haben. Die Mitglieder der Fraktion Grüne / Bündnis für ein demokratisches Eberswalde bewerten den Haushalt 2009 teilweise unterschiedlich, wie auch die Abstimmung zeigen wird, als Fraktion können wir diesen Haushalt jedoch nicht mittragen. (redaktionell gekürzt)

ALBRECHT TRILLER,

Mitglied im Finanzausschuß des Kreistages

Der Schlaf der Vernunft

Informationen und Analysen zum Gaza-Krieg

»Der Schlaf der Vernunft schafft Ungeheuer« – so nannte der große spanische Künstler Francisco Goya eine seiner berühmten Radierungen. Goya starb 1828. Er hatte Kriegszeiten genug erlebt und ihre Greuel in seinen »Desastres de la Guerra« gültig geschildert. Neue Waffen wurden seitdem erfunden, an Schrecken kam einiges hinzu. Leider schläft die Vernunft auch heute zu oft, statt die Ungeheuerlichkeiten gegenwärtiger Kriege zu verhindern.

Gaza war militärisch beiderseits die genaue Kopie des Libanonkrieges von 2006 mit –voraussehbar – gleichem Ergebnis: Keine Gewinner, nur Verlierer. Die Hamas »bewies« die Fähigkeit zum Widerstand auch unter stärkstem Druck, aber auf Kosten der Bevölkerung. Ihr Hauptziel – Aufhebung der Gaza-Blockade – ist (noch) nicht erreicht. Israel »bewies« erneut seine enorme militärtechnische Überlegenheit – doch sein Hauptziel, Vernichtung der Hamas oder wenigstens ihrer Fähigkeit zu Raketenanschlägen, ist nicht gelungen.

Weshalb dann das Ganze?

Verteidigungskrieg – sagen die Israeli, die Raketen der Hamas bedrohen die Bevölkerung ganz Südisraels. Deren Reichweite hat sich erhöht, sie treffen nicht nur das kleine Sderot, sondern die Großstädte Ashkelon, Ashdot, Beersheba. Natürlich erwarten die Leute dort, daß die Regierung sie schützt (offenbar sind die israelischen Patriot II-Systeme gegen die Kurzstreckenwaffen der Hamas machtlos). Es könne noch schlimmer kommen, sagt man in Jerusalem. Die neuen iranischen Fadsch-Raketen der Hamas brächten bald den Kernreaktor Dimona in Gefahr (FOX News. com/index.html, 2.1.09). Das soll wohl eher von anderen Sorgen ablenken. Dimona liegt noch außer Reichweite. Aber in Ashdod landen die USA ungeheure Mengen moderner Waffen an. In gleicher Distanz von Gaza die strategischen Luftwaffenbasen und Fernraketenstellungen Israels westlich Jerusalem (Tel Nof, Revatim, Tal Shahar) und die großen Munitionslager (vermutet: auch Atomwaffen) bei Sdot Mikha und Zekharya. Weshalb beschießt die Hamas sie nicht? A) es geschieht, aber die Israeli reden nicht drüber; B) die Hamas-Raketen sind dafür nicht zielgenau und effektiv genug, der Beschuß der Städte macht psychologisch mehr Wirkung; C) die Hamas will politisch nicht zu hoch reizen und Verhandlungsspielraum bewahren.

Weitere Motive der Regierenden Israels: Im Februar wird gewählt – der »Härteste« gewinnt (so UN-Sonderberichterstatter Prof. Falk, USA, und Evelyn Hecht-Galinski). Zerschlagung der Hamas würde es Israel erleichtern, die palästinensischen Gasvorkommen vor der Gazaküste für sich zu nutzen (.../regionen/Gaza/gas.html, 20.1.09). Auch wird Gaza als Teil der Orientstrategie der Bush-Regierung gesehen, als letzter (?) Bush-Krieg, als Schlacht gegen Verbündete Irans, als Vorbereitung eines Vergleichs gegen Iran selbst. (www.salon.com, 8.1.09; .../regionen/gaza/iran.html, 17.1.09). Michel Chossudovski, kanadischer Wirtschafts-



und Abrüstungsexperte, analysierte die US-Waffenlieferungen an Israel. Der Bedarf für den Gazakrieg sei zwischen Juni und November 2008 eingetroffen. Anfang Dezember und Ende Januar 2009 wurden aber weitere umfangreiche Sendungen verschifft (3000 t; 325 und 989 Standard-Container), darunter tausende bunkerbrechende, GPS-gesteuerte Präzisionsbomben GBU-39 und 500 uran-ummantelte, schwere BLU-113, die für alle iranischen Ziele (außer vielleicht Natanz) geeignet sind. Auch wird Israel vor iranischen Raketen geschützt, indem es in das globale X-band-Radarnetz der USA integriert wird. Der Autor vermutet Vorbereitung einer umfassenderen Militäraktion in Nahost, zumal Militärminister Robert Gates im Amt bleibt und »Kontinuität« der militärischen Planungen wahr (.../regionen/israel/munition.html, 15.1.; Global Research, 11.1.). Iran reagiert: es erhält russische S-300-Raketen, mit denen angeblich auch das syrische Tartous – Nachschubhafen für russische bzw. iranische Waffen – geschützt werden soll...

Prof. Helga Baumgarten (Bir-Zeit-Universität Jerusalem) erläuterte die Sicht der Hamas, die durch Wahlen ein klares demokratisches Regierungsmandat gewonnen hatte, aber vom Westen boykottiert wurde. Im Juni 2008 hatte sie einem Waffenstillstand für 6 Monate zugestimmt, ihn aber im Dezember nicht verlängert. Der Waffenstillstand hat nichts gebracht, nicht das Ende des Gaza-Boikotts und der »gezielten Tötungen«, nicht den Stop des Siedlungsbaues. Auch Abbas und seine prowestliche Fatah-Fraktion hatten keinerlei Zugeständnisse Israels erreicht. (Helga Baumgarten: Was will die Hamas? .../regionen/gaza/hamas.html; vgl. auch ihr Buch: Hamas – Der politische Islam in Palästina, München 2006, Rezensionen in: signandsight.com Perlentaucher.de). Der Gaza-Krieg hat zu heftigen völkerrechtlich-

chen Debatten und etlichen Anzeigen beim Haager Internationalen Strafgerichtshof (ISGH) geführt. Prof. Astrid Epinay (Freiburg) hält die »gezielten Tötungen« (targeted killings) für rechtswidrig. Die Gaza-Blockade, wenn auch vielleicht »unverhältnismäßig«, rechtfertige nicht die Hamas-Raketen (Interview, .../regionen/gaza/voelkerrecht.html). Professor Richard Falk, UNO-Menschenrechts-Sonderbeauftragter in Gaza und gleichfalls Völkerrechtler, hat aber gerade wegen der Blockade schon am 9.12.08 im Haag Anzeige erstattet. Die Kinderrechtskommission der UNO sieht die einschlägige Konvention verletzt. UNO-Generalsekretär Ban Ki-moon hat wegen der Zerstörungen an UNO-Einrichtungen eine Untersuchung und Verfolgung der Schuldigen verlangt. Die UNO wird von Israel Schadenersatz fordern. Anzeigen erfolgten von verschiedenen Seiten auch wegen Verletzung der Haager Konvention bezüglich Schutz der Zivilbevölkerung, wegen vermutetem Einsatz von weißem Phosphor, DU- und DIME-Geschossen in dicht besiedeltem Gebiet (»Menschenjagd im Käfig – Anwälte zeigen an«, .../regionen/gaza/jagd.html, 16.1.; »Phosphor über Gaza«, .../regionen/israel/krieg3.html, 1.1.). Israel reagiert auf die Vorwürfe auf eigene Art: das Militär verbot die Veröffentlichung von Namen und Fotos der Truppenkommandeure, eine Regierungskommission stellt sich auf eventuelle internationale Prozesse ein (<http://www.uni-kassel.de/fb5/frieden/>).

Ein eigenes Kapitel sind die Medien. Ob öffentlich oder privat, Deutschland ist Partei an der Seite Israels und der USA – also sind sie es auch. Es gibt verbindliche Sprachregelungen für alle Fälle (»extremistisch«, »terroristisch« für Hamas). Was nicht in die »Linie« paßt, wird diffamiert: Im RBB-Interview wurde Frau Baumgartens Buch als »umstritten« angekündigt (eigentlich ja ein Lob – welches unumstrittene ist denn interessant und notwendig; ja, ein Telefonbuch!). RBB-Moderatorin Sabine Porn unterbrach Baumgarten unsanft, wenn der Gast zu unbequem wurde (<http://inforadio.de>, 9.1., 12.07 Uhr). Für ein ausgewogenes Urteil nötige Fakten werden kleingeredet oder verschwiegen: die hunderttausendfachen Straßenproteste bei den US-Verbündeten Türkei, Jordanien, Irak; 10.756 palästinensische – 1 israelischer Gefangener, 6,8 Mill. \$ für Israel täglich – 0,3 Mill. für Palästina; 223 illegale Siedlungen – 18.167 zerstörte palästinensische Häuser seit 1967. Brief deutscher Nahostdiplomaten an Angela Merkel gegen deren Nahostpolitik und andere Proteste hierzulande – wo lesen wir das? »Hier stirbt die Wahrheit« – »Wird sie auferstehen?« schrieb Goya unter zwei Blätter seiner »Desastres«.

ROLF RICHTER,
Bündnis für den Frieden Eberswalde

Internet-Informationen: Website der AG Friedensforschung an der Uni Kassel/Friedenspolitischer Ratschlag (<http://www.uni-kassel.de/fb5/frieden/welcome.html>) bietet unter »/themen/« und »/regionen/« ein ausgewogenes, reichhaltiges Angebot an Informationen, Analysen, Dokumenten internationaler Herkunft in Deutsch und Englisch. Obige Links beziehen sich darauf.

Freie Wähler Brandenburg:

Landesverband gegründet

Viele Bürger fühlen sich durch die etablierten politischen Parteien nicht mehr vertreten. Unter den verschiedensten Namen haben sich in der jüngsten Vergangenheit Interessengruppen gebildet, die alle ein Ziel gemeinsam haben: Unabhängigkeit von den politischen Parteien. Bundesweit gewinnen die freien Wähler an Bedeutung. Die Erfolge der freien Wähler in Bayern und Hessen, aber auch in Baden-Württemberg, Sachsen-Anhalt und Bremen haben aufhorchen lassen. Grund genug für den Bundesvorstand der Freien Wähler, erneut zu versuchen, die Kräfte der freien Wähler auch in Brandenburg durch Gründung eines neuen Landesverbandes zu bündeln.

Auf Einladung des Bundesvorstandes trafen sich am 6.12.2008 freie Wähler aus 6 Landkreisen und zwei kreisfreien Städten in Chorin, um den Landesverband Freie Wähler Brandenburg zu gründen. Die Gründung ist erfolgt. Da nicht alle Kreise vertreten waren, wurde der Landesvorstand zunächst nur als kommissarischer Vorstand gewählt. Die Bestätigung ist auf einer Vollversammlung im Februar 2009 vorgesehen. Als Vorsitzender wurde Hans-Jürgen Malirs aus Hoppegarten gewählt. Der Vorsitzende wurde beauftragt, unverzüglich mit der Vorbereitung der Teilnahme des Landesverbandes an der Landtagswahl zu beginnen. Die Freien Wähler Brandenburg werden sich den Wählern als Alternative zu den etablierten politischen Parteien stellen.

Erfreulich aus Barnimer Sicht ist, daß zwei Freunde aus Eberswalde, Dr. Günther Spangenberg und Manfred Ehlert, und einer aus Bernau, Peter Vida, in den kommissarischen Vorstand gewählt wurden. Der neue Vorstand hat seine Arbeit aufgenommen. Eine Arbeitsgruppe unter Leitung von Dr. Spangenberg arbeitet an einem Programm, das ebenfalls im Februar den Mitgliedern vorgestellt und danach beschlossen wird. Der Vorstand ist darum bemüht, möglichst viele Gruppen freier Wähler für die Mitarbeit im Landesverband zu gewinnen. Das wird sicher nicht zu 100 % gelingen. Es gibt nicht wenige Gruppen freier Wähler, die an Aktivitäten über ihre Gemeindegrenzen hinaus nicht interessiert sind. Gruppen, die zu den freien Wählern gehören, haben sich oft andere Namen gegeben und – auch das gibt es – nicht überall, wo freie Wähler dranstehen sind auch freie Wähler drin. Aber ein Anfang ist gemacht – der ist sprichwörtlich am schwersten. Gemeinsames Kennzeichen aller Freien Wähler ist das Streben nach mehr unmittelbarer Demokratie. Der Wähler soll bei der Wahl seine Stimme nicht abgeben sondern behalten und auch nach der Wahl geltend machen können. Die Wählerinnen und Wähler sind aufgerufen, sich für mehr Demokratie zu entscheiden. Mit der Entscheidung für die Freien Wähler Brandenburg haben sie die Möglichkeit dazu.

JOHANNES MADEJA, FW Schorfheide

Abfallentsorgung

Kampffeld der Bürgerbewegungen

Die Abfallentsorgung darf als ein wichtiger Teil der Daseinsvorsorge aufgefaßt werden, zumindest in Ballungsgebieten. Wie bedeutsam sie vor allem unter sanitärem Aspekt ist, belegen in jüngster Vergangenheit die chaotischen Zustände aus Neapel, wo die fehlende Müllentsorgung Lebensqualität, Wirtschaft und Verkehr beeinträchtigte.

Es versteht sich, daß die Abfallentsorgung kostenpflichtig erfolgt. Gleichzeitig ist festzustellen, daß mit ihr viel Geld zu verdienen ist. Das birgt die Gefahr ungerechtfertigter Kostenbelastungen für die Bürger in sich. Es muß Anliegen der Gesellschaft sein, die Abfallentsorgung so zu organisieren, daß die Bürger nicht über Gebühr finanziell belastet werden. Dafür setzen sich die Bürgerbewegungen ein.

Ein Beispiel hierfür bietet der Landkreis Barnim. Hier gelang es der Bürgergemeinschaft Kommunalabgaben Barnim (BKB), vor allem durch die Initiative ihres damaligen Vorsitzenden Johannes Madeja, gegen kreislichen Widerstand eine Ausschreibung zu erzwingen mit dem Ergebnis, daß die Abfallentsorgung zuletzt privat durch die Firma Fehr bis zum heutigen Tage außerordentlich kostengünstig erfolgt.

Nun sollte man meinen, daß eine Entsorgung in kommunaler Hand für die Bürger am kostengünstigsten wäre. Das aber wurde durch die Praxis widerlegt. Hatte doch im Zeitraum vor der erzwungenen Ausschreibung die kreis-

eigene Abfallgesellschaft die Abfuhr so teuer gestaltet, daß der Kreis per Gerichtsbeschluss die Gebühren absenken mußte und die unberechtigten Mehreinnahmen an die Bürger zurück zahlen sollte. Zwar erfolgte eine Rückzahlung nicht, jedoch bilden diese Gelder eine bis heute bestehende Rücklage für Risikofälle. Diese durch die BKB unter Madejas Führung erreichte Entsorgungslösung wurde von der Bürgerschaft bislang kaum beachtet, stellt aber dem ungeachtet einen nicht zu unterschätzenden Sieg der Bürgerbewegungen für eine geringe finanzielle Belastung der Bürger dar.

Auch heute stehen wir erneut vor den Entscheidungen: kreisliche oder private Entsorgung. Bürgerbewegungen sehen im allgemeinen eine Abfallentsorgung durch den Kreis durchaus positiv, jedoch müssen die Bedingungen stimmen. Dabei ist zu beachten, daß bislang die Altpapierentsorgung der herausragend lukrative Teil der Abfallentsorgung war. Gesunkene Preise, Konkurrenz durch andere Unternehmen und die Möglichkeit für die Bürger, Altpapier selber zu verkaufen, stellen eine neue Situation für jeden Entsorger dar.

Für den Kreis erwächst eine zusätzliche Problematik durch die Absicht, neben der weiterhin bestehenden Abfallgesellschaft GAB eine zweite kreiseigene Abfallgesellschaft zu installieren mit einem zweiten Behördenstab, mit Fahrzeugen, Technik, Mobiliar usw. Allein schon durch diese zusätzlichen Kosten würde die kreisliche Abfallentsorgung einer privaten Konkurrenz unterlegen sein. Um eine Entsorgung in der Hand des Kreises bei gleichzeitigem Vermeiden der Fehler der Vergangenheit zu gewährleisten, müsste der Gedanke einer zweiten Gesellschaft aufgegeben werden.

Letzten Endes kann nur eine Ausschreibung Klarheit bringen, welche Abfallentsorgung – kreiseigen oder privat – für die Bürger vorteilhaft ist. Es ist im Sinne der Bürger, sich für die kostengünstigste Variante zu entscheiden. Wir, die Allianz freier Wähler (AfW), Mitglied im Landesverband der Freien Wähler Brandenburg, befürworten eine Ausschreibung und setzen uns so für die Belange der Bürger ein.

Dr. GÜNTHER SPANGENBERG,
Landesvorsitzender der Allianz freier Wähler



»Kein Defizit an öffentlichen Stellplätzen«

Eberswalde (bbp). In der Einwohnerfragestunde der StVV Eberswalde am 20. November wollte Yvonne Michalke aus der Eichwerderstraße Einzelheiten zu einem geplanten Parkplatzbau in der Eichwerderstraße 7 wissen.

Eine Stellplatzanlage in der Eichwerderstraße, antwortete Baudezernent Dr. Gunther Prüger, sei Bestandteil der Zielplanung im städtebaulichen Rahmenplan für das Sanierungsgebiet »Eberswalde Stadtzentrum«.

Dort stelle dieser Bereich eine »Potentialfläche« dar, die durch weitergehende Planungen konkretisiert werden müsse. »Der diesbezügliche Bedarf ist aber noch nicht entstanden, so daß diese Fläche lediglich nachrichtlich in das Parkraumbewirtschaftungskonzept übernommen wurde... Diese Fläche wurde auch nicht in die Bilanzierung der Parkraumbewirtschaftung übernommen, da generell kein Defizit an öffentlichen Stellplätzen besteht.«

Kreiseigene Abfallgesellschaft gegründet

Viele Fragen bleiben offen

von Johannes Madeja

Angesichts der »Marktentwicklung«, so wird das gesagt, sind die bisherigen Entsorgungskosten für Hausmüll, die der Kreis an den derzeit privaten Entsorger zu zahlen hat, nicht mehr kostendeckend. Nach Auslaufen des Vertrages droht eine Kostensteigerung. Die Kreisverwaltung ist der Auffassung, daß sie mit einer kreiseigenen Gesellschaft die drohenden Steigerungen am besten auffangen kann. Also: Rekommunalisierung der Abfallwirtschaft. So hat es der Kreistag dann im April 2008 beschlossen. Erlöse aus dem Verkauf von Altpapier sollen helfen, die Gebühren zu stützen. Deshalb hat der Kreis in einer Eilaktion dafür gesorgt, daß »eigene« Sammeltonnen für Altpapier aufgestellt werden. Wirklich eigene Tonnen sind das nicht, sie wurden von der Firma Kühl kurzfristig beschafft und verteilt. Vorerst gehören die Erlöse also der Firma Kühl. Ab 2010 will diesen Teil der Kreis übernehmen. Allerdings sind die Preise für Altpapier kräftig gefallen.

Das derzeit günstige Gebührenniveau ist das Ergebnis einer Ausschreibung im Jahre 2002. Nun lag es natürlich nahe, die Leistung »Einsammeln und Transportieren« - nur darum geht es vorerst - erneut auszuschreiben. Wie schon 2002 hat sich die Kreisverwaltung gegen die Ausschreibung ausgesprochen. Die Kreisverwaltung sieht das Aufkommen an Hausmüll als Teil eines angestrebten Stoffstrommanagements im Zuge der Realisierung einer sog. Null-Emissions-Strategie mit dem Ziel einer maximalen Wertschöpfung und Energieerzeugung aus kreiseigenem Aufkommen. Der Landkreis will die Wertstoffströme - Ressourcen aus eigenem Aufkommen - selbst nutzen.

Dabei gibt es folgende Probleme: Das gesamte Hausmüllaufkommen des Kreises ist bis zum Jahr 2021 mit der landeseigenen MEAB gebunden, steht also nicht zur Verfügung. Das Papieraufkommen muß der Kreis mit privaten Anbietern teilen, denen das Aufstellen von Papiertonnen auch gestattet ist. Ein entsprechendes Gerichtsurteil zugunsten der privaten Papiersammler liegt vor. Zudem ist jeder Bürger berechtigt, das in seinem Haushalt anfallende Altpapier privat zu verwerten und auch zu verkaufen - etwa an Papierhändler. Damit verfügt der Kreis nur über Teilmengen der erstrebten Stoffströme und als Folge davon nur über ein eingeschränktes Wertschöpfungspotential. Um trotzdem die Gebühren für die Bürger stabil zu halten verspricht der Kreis, Rücklagen einzusetzen. Was passiert aber, wenn die Rücklagen aufgebraucht sind? Die Gründung der kreiseigenen neuen Firma kostet viel Geld. Erst einmal soll sie mit 3,5 Mill. Euro Eigenkapital ausgestattet werden, z.B. um die erforderliche Technik und den Betriebshof zu kaufen - übrigens vom bisherigen Entsorger. Durch einen so

genannten Variantenvergleich hat sich die Kreisverwaltung die Gründung der neuen Gesellschaft unter gleichzeitigem Erwerb der Firma Fehr schön gerechnet. Weder die Übertragung der Aufgabe an die bestehende GAB noch eine erneute Ausschreibung der Leistung wurden überhaupt in Erwägung gezogen. Die Beteuerungen, daß es für die Bürger bei der derzeitigen Gebührenhöhe bleiben wird, lassen Zweifel hinsichtlich der Realisierbarkeit dieses Versprechens offen. Jedenfalls ist klar, daß die Rücklagen nicht lange reichen werden. Was danach kommt, ist auch klar: Gebührenerhöhung!

Es gibt aber offenbar eine möglicherweise günstigere Lösung: Vorerst Verzicht auf eine Rekommunalisierung, zumal das angestrebte Ziel der Beherrschung der Stoffströme vorerst nicht erreichbar ist. Die erneute Ausschreibung der Leistung mit Zuschlag für den günstigsten Anbieter darf kein Tabuthema sein. Für den Fall, daß, auch nach Ausschreibung, höhere Entsorgungskosten in Kauf genommen werden müssen, gibt es die Möglichkeit der Stützung der Gebühren durch Einsatz von Rücklagen. Die für die Gründung einer kreiseigenen Firma dann nicht erforderlichen Mittel würden vermutlich einige Jahre reichen, um das derzeitige Gebührenniveau zu halten.

Der Einsatz der Rücklagen für die Firmengründung ist ohnehin rechtlich problematisch, denn es handelt sich um Mittel, die von den Bürgern in den vergangenen Jahren zu viel verlangt worden waren. Auf die ursprünglich vorgesehene Rückzahlung wurde aus Kostengründen verzichtet und festgelegt, daß die Mittel zur Stützung der Gebühren eingesetzt werden - eine Lösung, mit der wohl alle Betroffenen gut leben können, zumal die Beträge je Haushalt nicht so interessant waren...

Leider ist festzustellen, daß sich die Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger für organisatorische Einzelheiten des »Managements« in der Abfallwirtschaft nicht wirklich interessieren. Gern wird den Versprechungen der Verwaltung: »Die Müllgebühren bleiben stabil!« geglaubt. Bleibt nur die Hoffnung, daß die Bürger nicht bald durch höhere Gebührenbescheide unsanft geweckt werden.

Die bisherige private Entsorgung hat gut funktioniert und war im Landesvergleich kostengünstig. Es liegen auch neue, kostengünstige Angebote vor. Vor diesem Hintergrund ist die Rekommunalisierung auch rechtlich problematisch. Der Landrat wiegelt jedoch ab. Gegen alle Bedenken und durchaus ernst zu nehmende Argumente - zuletzt auch von der IHK in Frankfurt vorgetragen - hat der Kreistag am 28.1.09 die Gründung der Barnimer Abfall GmbH mehrheitlich beschlossen...

Dank an Steuerzahler

Eberswalde (bbp). Mit einer ungewohnten Geste wandte sich Anfang des Jahres der Eberswalder Bürgermeister Friedhelm Boginski (FDP) an die Eberswalder Unternehmer. Er dankte den Gewerbetreibenden dafür, daß sie die Gewerbesteuer bezahlen. »Ich bin mir im Klaren darüber«, schrieb der Bürgermeister, »daß die Erhebung der Gewerbesteuer eine Belastung für Ihr Unternehmen darstellt und daß das Aufbringen dieser Beträge keine Selbstverständlichkeit ist. Sie hätten gewiß eine Reihe von Unternehmenszwecken, für die Sie die erhobenen Steuerbeträge einsetzen könnten.« Andererseits stelle die Gewerbesteuer eine wesentliche Finanzierungsquelle für den städtischen Haushalt dar. Die Unternehmen leisteten damit einen maßgeblichen Beitrag für ein funktionierendes Gemeinwesen in Eberswalde. »Ich möchte die Gelegenheit nutzen«, so Boginski, »Ihnen dieses Jahr nicht einfach nur wieder einen Bescheid zu übersenden, sondern Ihnen für Ihre Leistungen und Ihres Unternehmens für die Sicherung von Arbeitsplätzen und den unmittelbaren oder mittelbaren Einsatz für die Stadt Eberswalde herzlich zu danken«. Boginski habe seit seinem Dienstantritt als Bürgermeister eine Reihe von Veränderungen in der Stadtverwaltung durchgeführt, »auch und gerade mit dem Ziel, daß sich alle Unternehmen in Eberswalde heimisch und gut aufgehoben fühlen«. Die Stadtverwaltung werde das ihr Mögliche tun wird, um die Eberswalder Unternehmerschaft zu fördern, »weil sie das Rückgrat unseres Gemeinwesens« darstelle. Dem diene auch das neue Amt für Wirtschaftsförderung unter Leitung von Dr. Ronald Thiel, das den Unternehmern »gern mit Rat und Tat zur Seite« stehe, »so daß gemeinsam an Lösungen gearbeitet werden kann, sobald sich Schwierigkeiten auch nur andeuten«. Darüber hinaus sei er für jede Anregung dankbar, die dazu beiträgt, die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen in Eberswalde weiter zu verbessern.

Unternehmen spendete

Eberswalde (prest-ew). »Ich bin sehr froh und stolz darauf, daß wir solch engagierte Unternehmen wie die FINOW Rohrsysteme GmbH in unserer Stadt haben«, zeigt sich Bürgermeister Friedhelm Boginski dankbar für diese besondere Spendenaktivität. Bereits im Oktober 2008 hatte das Unternehmen einen Patenschaftsvertrag mit dem Hort »Kinderinsel« der Grundschule Schwärzensee unterzeichnet. Ende 2008 gab es nun einen wahren Geldsegen für zahlreiche Einrichtungen in der ganzen Stadt, denn das Unternehmen hat das Jahr 2008 mit einem guten Ergebnis abgeschlossen. Ingrid Altmann von der Geschäftsführung in Eberswalde: »Mit Unterstützung unserer ‚Mutter‘, der Kraftanlagen München GmbH, haben wir insgesamt sechs Vereine und Projekte sowie die drei Grundschulen in unserer Stadt bedacht. Die FINOW Rohrsysteme hat 2008 ein gutes Ergebnis erzielt und deshalb möchten wir auch die Region teilhaben lassen.«

Danach kann ein Milliardär bitter arm sein. Er kann bitter arm sein, weil er menschlich eine Null ist, aber ein Rambo, der auf Mitmenschen pfeift und nur fragt: *Was rechnet sich für mich?* Demgegenüber hat der Arme die Anlagen, reich zu werden: Ohne allzu viele Konsumgütern gute Bildung zu erwerben und andere Menschen als Mitmenschen zu erkennen. In diesem Sinne schreibt Marx: Es zeigt sich, »inwieweit das Bedürfnis des Menschen zum menschlichen Bedürfnis, inwieweit ihm also der andre Mensch als Mensch zum Bedürfnis geworden ist, inwieweit er in seinem individuellsten Dasein zugleich Gemeinwesen ist.« (MEW 40 S. 535) Der jeweils andere Mensch ist der »größte Reichtum« des Menschen (MEW 40.544). Das deckt sich mit christlichen Optionen auf Nächstenliebe. Das egoistische Individuum der bürgerlichen Ideologie, des Liberalismus, reduziert den Menschen auf ICH, ICH, ICH. Wem aber der andre Mensch zum Bedürfnis geworden ist, der ist »in seinem individuellsten Dasein zugleich Gemeinwesen«. Das geht noch über das proletarische Ideal der Solidarität hinaus: Wir Menschen haben als Individuen von Natur aus die Anlage, ein menschliches, demokratisches Gemeinwesen auf dieser Erde zu schaffen.

Es gab das schöne Wort »Vom Ich zum Wir«. Das wurde oft mißverstanden, als wäre das Ich auszulöschen, und dem Bürger wurde gesagt: *Du mußt, du mußt, du mußt.* Als wäre der Bürger nicht fähig zu lernen, was für die Gemeinschaft gut ist und damit für sich selbst. Zum Lernen gehört das Anregen zum Denken, das Überzeugen. Mit *bumbumbum* ist nichts zu machen, es führt zum Untertanen-Sein und nicht zum Reichtum der Persönlichkeit, der die Vision von Karl Marx ist. Marx hat den »rohen Kommunismus« verworfen und gezeigt: Der rohe Kommunismus ist im Verhältnis zur liberalistischen Ideologie nicht nur deren Gegensatz, sondern zugleich auch deren Ebenbild. Ein alter Dialektiker nannte das »Übereinstimmung der Gegensätze« (coincidentia oppositorum). Der rohe Kommunismus hat nichts am Hut mit Individualität, der Liberalismus auch nicht, er sagt nur »Hast du was, dann bist du was«, sieh zu, wie du zu Geld kommst, sei nicht zimperlich. Und wenn Du Lust hast, amüsiere Dich am Bildschirm und kauf dir Zeug, auch wenn du es nicht brauchst.

Sechzig Jahre bevor Marx über Armut und Reichtum zu schreiben begann, verkündete Schiller seine Vision »Alle Menschen werden Brüder...« Ein weiter Weg! In der DDR hörten zunehmend mehr Menschen diese Botschaft, mit der Musik von Beethoven, die das Fernsehprogramm der Silvesternacht bestimmte. Später hörte ich auf dem Markt einer Kleinstadt Bayerns den Priester zur Gemeinde sagen: »Glaubt nicht, daß wir Deutsche besser sind als unsre schwarzen Brüder in Afrika. Wir alle sind Kinder Gottes.« Man kann das auch anders ausdrücken, eine große Vision läßt viele Varianten zu. Marx würde sagen: Die Wirtschaft ist nicht alles. Sie muß darauf beschnitten werden, höchstens noch Mittel zum Zweck zu sein, die

Karl Marx im 21. Jahrhundert (5)

Weiter Weg vom Ich zum Wir

von Dr. Rainer Thiel

Wir hatten gesehen: Marx will nicht nur die Armut überwinden. Marx erkannte auch, daß die Armut in überraschendsten Formen auftritt. Er hatte die ganze menschliche Geschichte analysiert. Er war im Einklang mit anderen Philosophen und mit Dichtern, die über Menschlichkeit nachgedacht haben. So hat Marx – überraschend für Professoren, Wirtschaftler und Politiker – neue Begriffe von Armut und Reichtum gewonnen.

Anlagen aller Menschen zu entfalten. Geld in die Bildung aller Menschen investieren! Damit jeder Mensch seine angeborenen Fähigkeiten entwickeln kann! So werden wir alle reich als Menschen. »Eigentum verpflichtet«, heißt es im Grundgesetz Artikel 14. Und wer sich nicht daran hält, kann nach Artikel 15 enteignet werden. Rufen wir laut und lauter: **Ab ins Gemeineigentum!**

Als Karl Marx 24 Jahre alt war, hatte er sehr gründlich Philosophie und Jura studiert; er hätte Professor werden können. Doch er begann als Journalist zu arbeiten. Im Rheinischen Landtag wurde gerade gefordert, Reißig-Sammeln im Wald als Holz-Diebstahl zu bestrafen. Da beginnt Marx, das **Verhältnis** von Armut, Justiz und Privateigentum zu untersuchen (MEW 1 Seiten 109 ff.). Als Marx 26 Jahre alt ist, weiß er bescheid über die »Pest-Atmosphäre der englischen Kellerwohnungen«, über die Aufstände der Seidenweber in Lyon und über den schlesischen Weberaufstand. Nun untersucht er nicht nur das **Verhältnis** von Armut, Justiz und Privateigentum. Er untersucht auch, was an den Aufständen in Lyon, in Peterswaldau und Langenbielau anders ist als in England. Dabei entdeckt er den **Unterschied** zwischen Almosen für die Ärmsten, und dem erwachsenen **Selbstbewußtsein** der Armen und Ärmsten (MEW 1 Seite 392 ff.). Das unterscheidet schon den jungen Marx von Philantropen, die nichts als Mitleid mit den Armen haben. Mitleid ist besser als Hartherzigkeit, doch es wird den Armen nicht gerecht. Das erinnert uns an heute: Menschen, denen der Arbeitsplatz geraubt ist, sind arm. Suppenküche als Milderung der Not. Doch kann das alles sein?

Marx war weiter, als man heute ist: Er hatte ein Bild vom Menschen und seiner Würde. Dazu paßte nicht die strukturelle Armut. Also untersucht Marx das **Verhältnis** von Armut und Justiz, Staat und Privateigentum, und wie die Gebeutelten damit umgehen können.

Warum aber hat Marx die Augen nicht zugemacht vor der Armut? Wo er doch einer wohlhabenden Familie entstammte? In der Philosophie wurde vom Menschen und von der Menschheit gesprochen. Das hat Marx ernster genommen als die Durchschnitts-Bürger. Also hat er aus seinen philosophischen Studien denkend gefolgert: Die Armen sind nicht nur arme Leute, sie sind Menschen! Warum sind sie denn arm? Also untersucht Marx als Philosoph das **Verhältnis** von Armut, Staat und Privateigentum. Marxens Verständnis von Gerech-

tigkeit ist das Verständnis des Weltbürgers, der fähig ist, auch sich selber als Sohn wohlhabender Eltern zu hinterfragen. Marx hinterfragt das Verständnis seiner Zeitgenossen, auch das Verständnis großer Philosophen: Was hat sie bewogen, über den Menschen so zu denken, wie sie es in Büchern bekannt gemacht haben? Was haben sie unterlassen? Und Marx hinterfragt seine eigenen Ansichten. Manche eigene Manuskripte hat er verbrannt, weil sie ihm nicht mehr genügten. Da begann er neu. Weil Marx gründlicher Denker war, war er Querdenker, auch gegen sich selbst. Klar, daß er damit nicht viel Geld verdient hat, als Redakteur nicht und nicht als Buch-Autor. Hätte ihm sein Freund Friedrich Engels nicht geholfen, hätte er Teller waschen oder Professor werden müssen. Aber Marx hatte Lust am Denken. Schon als Jugendlicher war er hoch gebildet. Doch er hörte nie auf zu lernen. Heute ist er selbst von wohlbestallten Professoren geachtet.

Ein Typ wie Marx trifft man selten. Viele Menschen, die in ihren Dörfern hoch geachtet sind, blicken nicht übers Dorf hinaus. Natürlich fahren viele bis nach Berlin zur Arbeit. Täglich. Doch bei ihrer Arbeit sehen sie nur wenig von der Welt. Vielleicht fahren sie zum Urlaub nach Mallorca. Doch sie lernen dabei die Welt nicht kennen, ihre eigene Geschichte schon gar nicht, und was Wissenschaften zu berichten haben über weitläufige **Zusammenhänge** erst recht nicht. Das ist schade, denn aus der Geschichte könnten wir lernen, warum wir so sind wie wir sind. Viele von uns sind im Lesen nicht geübt. Das Beste, was sie haben, ist das Empfinden von Ungerechtigkeit. Doch es fällt ihnen schwer, die Ungerechtigkeit zu durchschauen: Politik und Privateigentum. Und nun der große Widerspruch: Für sie hat Marx gedacht und geforscht und geschrieben. Doch das zu lesen fällt uns schwer. Was soll man da machen?

Anknüpfen ans Gefühl der Ungerechtigkeit! Das ist das Beste von uns als Menschen, unser Schatz an Menschlichkeit. Laßt uns unsre Empfindungen öffentlich machen! Doch das reicht nicht im entferntesten. Uns selber hinterfragen! Ist das Luxus? Laßt uns miteinander beraten, woher die Ungerechtigkeit kommt. Laßt uns unsren Mitbürgern sagen, woher die Ungerechtigkeit kommt: Politik und Staat, Politik und Privateigentum an Produktionsmitteln. Dann erkennen wir die **Zusammenhänge**, die uns erwerbslos und die Erwerbstätigen wehrlos machen.

»Erna und Kurt Kretschmann Oberschule«

Bad Freienwalde (df).

Der Streit um die Namensgebung der Freienwalder Oberschule ist endgültig beigelegt. Sie wird zukünftig »Erna und Kurt Kretschmann Oberschule« heißen, so wie es in einem gemeinsamen demokratischen Beschluß von Schulleitung und Schülern ursprünglich gefordert wurde. Die Namensgebung soll am 2. März 2009, dem 95.



Erna und Kurt Kretschmann im Jahr 1999 anlässlich der Verleihung einer Baumpatenschaft mit ihrem »Ziehsohn« Prof. Michael Succow.

Geburtstag von Kurt Kretschmann, bei einer feierlichen Veranstaltung öffentlich bekundet werden. Ansprachen halten u.a. Professor Michael Succow, Mini-

sterpräsident Matthias Platzeck, der Schulleiter Rainer Hilse sowie der Freienwalder Bürgermeister Ralf Lehmann.

EU-Projekttag an Schulen

Zum EU-Projekttag an den Schulen am 9. März macht die Bundestagsabgeordnete Dr. Dagmar Enkelmann (Die LINKE) auf ein Angebot des Europäischen Informationszentrums in Berlin zu Vorträgen und Diskussionen rund um die Europäische Union aufmerksam. Bei diesen Veranstaltungen stehen Themen wie z.B. Geschichte und Funktionsweise der EU, Europäische Wirtschafts- und Währungsunion, aber auch Europäische Beschäftigungspolitik und andere zur Auswahl. Selbstverständlich können auch andere Themen aufgegriffen werden. Besuchergruppen von 20 bis 50 Personen können sich zu Terminvereinbarungen unter der Rufnummer 03338-459543 oder per Mail: wkb-d.enkemann@t-online.de mit den MitarbeiterInnen ihres Bernauer Wahlkreisbüros in Verbindung setzen.

BÄRBEL MIERAU

380-kV-Leitung:

Vorsicht, untätige Landesregierung

Am 27.1.2009 hatte die Bürgerinitiative *Biosphäre unter Strom - keine Freileitung durchs Reservat* gemeinsam mit dem *EuroParc Deutschland e.V.*, der Dachorganisation der Biosphärenreservate und Großschutzgebiete, zu einem Parlamentarischen Abend in Berlin-Mitte geladen. Die Einladung richtete sich in erster Linie an die Abgeordneten des Bundestags, die sich in verschiedenen Ausschüssen mit dem Gesetzentwurf zur »Beschleunigung des Ausbaus der Energieleitungen« (EnLaG) befassen, und an prominente Mandatsträger aus der Region, um die Argumente, die für die Erdverkabelung der »Uckermarkleitung« sprechen, noch einmal zu präsentieren und im Gesetzgebungsverfahren zur Geltung zu bringen.

Der Termin war mit der Abgeordneten Petra Bierwirth (SPD), der Vorsitzenden des Ausschusses für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, abgesprochen worden, aber nicht allzu viele Abgeordnete hatten sich eingefunden. Alle CDU-Abgeordneten und auch die Mandatsträger aus der Uckermark, die Herren Meckel (SPD) und Koeppen (CDU) sowie die Bürgermeister von Angermünde und Eberswalde glänzten durch Abwesenheit und überließen der Linken, der FDP und den Grünen das Feld. Die CDU ist nicht bereit, sich Argumente gegen die von Vattenfall geplante 380-kV-Freileitung anzuhören; sie diskutiert nicht, sie stimmt einfach nieder.

Nichts als dröhnendes Schweigen

Die ebenfalls eingeladene Landesregierung von Brandenburg ließ sich durch den Staatssekretär Schulze aus dem Umweltministerium vertreten und signalisierte allein durch diese Entscheidung, daß auch sie der Diskussion über die »Uckermarkleitung« überdrüssig geworden ist. Die Kommunalwahlen sind gelaufen und da war der Kabinettsbeschluß zur Bun-

desratsinitiative vom 26.8.2008, also vier Wochen vor der Kommunalwahl, zur Wählertäuschung (so muß man das heute beurteilen) hilfreich. Seit dem Scheitern der Initiative der Landesregierung im Bundesrat am 19.9.08 hört man nur noch ein dröhnendes Schweigen aus Potsdam zu diesem Thema. So konnte Staatssekretär Schulze auch die Frage nach den konkreten Schritten der Landesregierung, um die Aufnahme der »Uckermarkleitung« als 5. Pilotprojekt zur Erdverkabelung in das EnLaG zu erreichen, nicht beantworten.

Koalitionstreuebeteuerungen

Während Petra Bierwirth immerhin einräumte, daß ein Brandenburgisches Erdkabelgesetz hilfreich gewesen wäre, das an der Koalitionstreue der SPD gescheitert war – u. a. mit der Begründung, man wolle nicht in das laufende Gesetzgebungsverfahren im Bundestag eingreifen – gab sie zugleich zu erkennen, daß in Sachen »Uckermarkleitung« die Koalitionsdisziplin und der Fraktionszwang greifen werden. Die Abstimmung über den Bau einer Freileitung sei keine Gewissensentscheidung, da gebe es kein freies Mandat des Abgeordneten. Da gibt es nur Fraktionsdisziplin und Koalitionszwang. Sie schob den Schwarzen Peter der CDU zu. Solange diese sich in der Frage der Erdverkabelung der »Uckermarkleitung« nicht bewege, sei eben wenig zu machen.

Kraftvolle Argumente

Schlechte Meldungen aus der Politik, doch das hochkarätige Podium ließ sich nicht entmutigen und präsentierte noch einmal die Argumente für die Erdverkabelung der »Uckermarkleitung«.

Dr. Eberhard Henne, wies auf die Bedeutung des Großschutzgebietes für Mensch und Natur, insbesondere für die Vogelwelt hin. Er hatte die MOZ vom Vortag mitgebracht, in der ausführ-

lich über die Mastbrüche in Frankreich während des Orkans berichtet wurde.

Thomas Pfeiffer, Sprecher der BI referierte die Positionen von Prof. Jarass, eines beherzten Wissenschaftlers, der sich nicht an die Konzerne verkauft hat und auch keine Gefälligkeitsgutachten liefert, der die Notwendigkeit der neuen 380-kV-Leitung bezweifelt und darauf hinweist, daß diese neue Trasse Vattenfall nur garantieren soll, weiterhin mit CO₂-Ausstoß belasteten Strom aus Kohlekraftwerken in den europäischen Strommarkt einzuspeisen. Thomas Pfeiffer erläuterte auch kurz die Position von Europacable, des Kabelfabrikanten, der am meisten praktische Erfahrung mit der Erdverkabelungstechnik hat, um die Lügen von Vattenfall bloßzustellen. Schließlich ging er noch in aller gebotenen Kürze auf die Gesundheitsrisiken von 380-kV-Freileitungen und die nach neueren Erkenntnissen gebotenen Mindestabstände von 400 Metern zur Wohnbebauung ein, die bei der geplanten Trassierung nicht eingehalten werden.

Prof. Michael Succow, Träger des alternativen Nobelpreises und stellvertretender Umweltminister der letzten DDR-Regierung, auf dessen Initiative das Biosphärenreservat Schorfheide-Chorin gesetzlich verankert wurde bestärkte die BI in ihrem Engagement und appellierte an sie, den Kampf gegen die Freileitung fortzuführen, um das Biosphärenreservat zu retten.

Weitere Wortmeldungen kamen von Hans-Kurt Hill (MdB), energiepolitischer Sprecher der Linken, und Angelika Brunkhorst (FDP).

Nur eine starke und sichtbare Verankerung des Trassenprotests in der Region, nur eine Mobilisierung der Bevölkerung gegen die Freileitung und klare Stellungnahmen während des Planfeststellungsverfahrens können den Bau der 380-kV-Freileitung mit 50 bis 60 Meter hohen Masten durch das Biosphärenreservat, durch Eberswalde und den Naturpark Barnim verhindern.

HARTMUT LINDNER

Sodann – der häßliche Deutsche

Man könnte schon was von ihnen lernen. Sie wissen sich zu kleiden, haben die feinsten Tischmanieren und durften dezent nach teuren Wässerchen. Ihre Haarschnitte und Frisuren sind ohne Makel. Sie beherrschen die Kunst der Rede perfekt und leben kultiviert. Sie geben sich gern als Kenner aller guten Weine und viel Geld aus für den Schmuck ihrer Damen. Sie gehören auserlesenen Clubs an und wissen, wie man eine Auster öffnet und mit dem Hummerbesteck umgeht. Auf dem Parkett bewegen sie sich ebenso sicher wie auf dem Golfrasen. Ihre Visitenkarten sind goldumrandet, und ihr Gang ist federnd, ihr Gebiß strahlt. Gentlemens vom Kopf bis zur Achillessehne? die Herrschaften des Establishments. Vorreiter in allen Äußerlichkeiten, die mit Benehmen, guten Sitten, Imagepflege und Weltgewandtheit zu tun haben. Fast nie, daß einer vom harten Kern oder einer aus dem weiteren Zirkel, etwa dem der Mauldiener, aus der Rolle fällt, etwa einen Journalisten drischt, öffentlich pinkelt, als Nuttenjunge entlarvt, beim Meineid erwischt oder als Nazi enttarnt wird. Läßliche Sünden, Peanuts, untypisch, Ausnahmen – pfui. Und Hui?

Indes – es kann sich ergeben, daß auch der lengere Clan der vornehmen und Gediegenen urplötzlich alle Vorsicht und gegenseitige Rücksichtnahme, allen Anstand und alles, was im Knigge steht, vergißt und den langen dunklen Besserverdienendenmantel fallen läßt und sich so bis zur Kenntlichkeit entblößt. Zu solchen Außergewöhnlichkeiten kommt es immer dann, wenn die Herren im Hause sich in den angestammten Revieren belästigt oder gar bedroht fühlen. Wenn ihnen einer in die Quere kommt, der sich anders legitimiert als durch sichere Pfründe oder dies und jenes Pöstchen in der Aufsichtsräterepublik. Zum Beispiel durch Bücher. Wie Stefan Heym.

Als der – ehemals gefeiert als kritischer Oppositioneller in der DDR, ehemals dekoriert mit zahlreichen Preisen westdeutscher Institutionen – mit dem Mandat der PDS in den Bundestag gewählt und dessen Alterspräsident wurde, hatte der weise alte Mann die Rede zur Eröffnung der neuen Legislatur zu halten. Es war eine ausgewogene, zu Toleranz und Chancengleichheit auffordernde, aufwühlende Ansprache, mit Herzblut geschrieben und in Würde vorgetragen. Als er geendet hatte, gab es stürmischen Beifall, die berühmten Ständingoweschens – von der PDS-Fraktion, von drei oder vier Helden der ehemaligen Arbeiterpartei SPD und den Grünen. Für Heym mag es ehrenwert gewesen sein, sich vom schwarz-rosa Gesocks, zu dem sich auch die senfgelbe Blockpartei FDP gesellte, brüskiert zu sehen – alle blieben sitzen, rührten keine Hand, lasen in ihren Zentralorganen BILD und FAZ oder mimten auf gelangweilt – für das »Hohe Haus« war es ein ununterbietbarer Tiefpunkt. Keine der Kanaillen hat sich bis dato für diese moralische Lumperei entschuldigt, nur Thierse, immerhin, ließ mal nebensächlich wissen, daß es sich um eine »Ungehörigkeit« gehandelt habe.

Aber nach wie vor gilt in Kreisen der »politischen Klasse« der Ausnahmezustand in Sachen Anstand, wenn ein linker Lümmel ihre Pläne stört. Jüngstes Beispiel ist ein Mann, der eine respektable Biographie hat: Student, Freizeitkabarettler, populärer Schauspieler, unbequemer Zeitgenosse. Im Gegensatz zu manchem Bürgerrechtler von ehemals, die sich heutigentags einen Dreck um Bürgerprobleme kümmern, saß er im DDR-Gefängnis wegen öffentlich geäußerter Proteste und Verbesserungsvorschläge und ist auch heute nicht fähig, sein keckes Maul zu halten.

Er praktiziert das ständig geforderte operative Engagement des Bürgers, hat ein Stadtthea-

ter vor der Verrottung und Tausende Bücher vor der Müllhalde gerettet. Er ist nicht ohne Eitelkeit, die ihn mitunter zu Seltsamkeiten verführt wie zu dem, inzwischen glücklicherweise gescheiterten Projekt, ausgerechnet mit dem Rentenschwindler und Clown der Kohlriege, mit Norbert Blüm, Kabarett zu machen. Alles in allem aber ist Peter Sodann ein handfester Bursche, ein Ehrlicher, wie er im Drehbuch und als der er im Leben steht. Undenkbar, daß er Phrasen drösche, sterile Neujahrsansprachen halten oder vier Wochen Denkzeit brauchen könnte, um einen Gesetzestext von dreieinhalb Seiten abzusegnen – oder nicht. Unvorstellbar, daß er Hotte Köhler, gegen den er kandidiert, oder Gesine Schwan, seine Mitbewerberin – chancenlos wie Sodann – ein ernsthafter Konkurrent wäre. Köhler wird gewiß im Amte bleiben, er ist zahm, blaß und willig, regt sich nie auf und nichts an; mehr Brauchbarkeit war selten. Sicher wird ihm die erforderliche Mehrheit der Bundesversammlung organisiert werden. Und da die SPD selbiges für das späte Mädchen Gesine nicht schaffen kann, muß ihr zwar extremer Ehrgeiz bestätigt werden, eine Realchance hat sie nicht. Mag sie durch noch so viele Ortsvereine, Regionalparteitage und Kongresse tingeln.

Vor diesem Hintergrund ist interessant, wenn auch kaum verwunderlich, daß die machtnahen Medien und deren Büchsenpanner wohlwollend, händchenhaltend und gönnerig mit IHREN Leuten, dem sanften Horst und der wuseligen Gesine, umgehen. Nur der scharfzüngige Hans-Ulrich Jörges nahm sich in einer STERN-Kolumne die Schwänin vor und machte eine Liste ihrer Defekte auf.

Im Falle Peter Sodann hingegen ist die Treibjagd eröffnet. Alles, was auf höheren Sitzen hockt, ballert los, und selbst die Treiber tuten ins Horn, von den Hatzhunden ganz zu schweigen. Selbst der kleine König von Potsdam, der ach so smarte Gutmensch Günter Jauch, ein politisches Neutrum eigentlich, ließ den biedereren Plauderer vergessen, als bei einer Frage nach TV-Kriminalisten die Rede auf den roten Peter kam. Da konnte der Millionär, der Millionäre macht, die Galle nicht halten. »Das ist der, der den Ackermann verhaften würde und gesagt hat, daß wir keine richtige Demokratie hätten, würden Sie den etwa wählen, mal ehrlich?«. Die verschreckte junge Dame auf dem heißen Stuhl, völlig überrascht ob dieses agitatorischen Überfalls, murmelte was, aus dem ein Nein herauszuhören war, und der wildgewordene Plapperhans gab Ruhe.

Dabei weiß jeder, daß bei Sodanns Absichtserklärung Ironie im Spiel war, obwohl die Mehrheit des gesamtdeutschen Volkes es mit ehrlicher Freude und großer Befriedigung zur Kenntnis nehmen würde, nieste man dem allerobersten Mammonisten mal kräftig aufs Haupt. Daß mit der Demokratie was nicht stimmen kann, gaben vor dem Frevler aus Ossen schon ein paar andere zu Protokoll, immer mal, wenn Wahlkampf war und dem Volke Zuckerle geboten werden mußte: Seht her, wie kritisch wir sind. Brandt wollte die Demokratie seinerzeit »ins Lot bringen«, eine gewisse Frau Laurin, ehemals Westberliner Senatorin (CDU) hieß das System eines, das durch Egoismus demokratisch eingeschränkt sei, und selbst das oft zitierte Wort Churchills, daß die bürgerliche Demokratie zwar unvollkommen, aber dennoch die beste aller denkbaren Staatsformen sei, sagt nichts anderes ü im ersten Teil zumindest, der zweite ist bloße Behauptung – als Sodann, der aus der Diktatur des »Proletariats« kommt. Nur – er ist des Teufels.

Die »Frankfurter Allgemeine Zeitung«, die sich überparteilich nennt und vor Seriosität zu strotzen scheint, stellte unlängst einem ihrer Dreckschleuderer die Lizenz zum Zubeißen aus und ließ die Dogge von der Leine. Über den »sogenannten Bundespräsidentenkandidaten« konnte man lesen: »Sodann ist eine selten so kompakt anzutreffende Verdichtung von Talentlosigkeit, Einfältigkeit, Arroganz, Selbstgerechtigkeit, Besserwisserei, Neid, Ressentiments, Borniertheit, Taktlosigkeit und Larmoyanz. Sodann hat alles, was man Ossis vorwirft. Er ist das Antlitz des häßlichen Deutschen, der sich für etwas Besseres hält.« Donnerwetter, das will erstmal geleistet sein. Um Irrtümern vorzubeugen – hier wird nicht etwa ein Figurenensemble aus Merz, Friedman, Frau Lengsfeld und Stefan Raab charakterisiert, gemeint ist der Einzelmensch Peter Sodann, den sie mit Gier beschmeißen. Zuviel der Ehre für einen, der sowieso keine Chancen hat. Da ist der des Aufmerkens würdige Widerspruch zwischen der Aussichtslosigkeit der Sodannschen Bewerbung und den zahllosen Jauchekübeln, die über ihn entleert werden. Soviel Schiß vor einem Nobody?

Keine Frage, der Ehrlicher sollte vorgeführt werden. Aber wie das manchmal so geht mit der Dialektik – ER hat die feinen Herrschaften dahin gebracht, sich Eben solches selbst anzutun. Damit dürfte sich seine schelmische Bewerbungsaktion schon gelohnt haben. Schwejk läßt grüßen.

Dr. STEFFEN PELTSCH

Das System frißt seine Kinder

Zum Tode von Alois Merckle

Jetzt hat es doch den ersten menschlichen Verlust aufgrund der globalen Finanzkrise und damit einhergehenden Wirtschaftskrise gegeben. Der fünfreichste Mann Deutschlands und bekannte Unternehmenstycoon Adolf Merckle warf sich am 5. Januar vor einen Zug, nicht ohne vorher alles Nötige in die Wege geleitet zu haben, um sein Imperium noch einigermaßen durch Banken über neue Kredite retten zu lassen.

Was war passiert? Eigentlich das übliche in einem System, das nur gut funktioniert, wenn es die menschliche Unzulänglichkeit der maßlosen Gier nicht nur fördert und fordert, sondern dann auch noch die Gierigsten der Gierigen als Unternehmer oder Persönlichkeiten des Jahres feiert. Wie viele andere auch, hat Alois Merckle einfach nur auf die riesigen Renditeversprechungen gesetzt, sich hoch verschuldet und zum Schluß noch ein riesiges Eigentor mit VW-Aktien eingefahren. Fazit: ein großes Industrieimperium wurde verspielt, die Filetstückchen drohten verramscht zu werden und die Kinder sahen sich einem Scherbenhaufen

gegenüber. Zudem galt Merckle als ein sozial eingestellter Arbeitgeber seinen Mitarbeitern gegenüber, der sich wohl auch deswegen innere Vorwürfe gegen einen sich anbahnenden Arbeitsplatzabbau in seinen Unternehmensteilen machte. Dann ertrug er wohl auch nicht die nun für ihn negative Öffentlichkeit, ja die klammheimlichen Häme von anderen, wohl in Kombination mit seiner Einsicht, daß er nun völlig blamiert sei. Sein »Ehrenkodex« funktionierte dahergehend noch »normal«, so daß er seinen Freitod weiterer Unbill vorzog.

Diese Tat sagt viel aus über ein System, welches nur noch ein »immer höher, immer weiter, immer schneller« als positivste »Kraft« vertritt. Der Mythos des Geldmachens schwebt über allen Taten. Aber wenn's mal schief geht, macht man den »Ackermann« oder zieht die schlußletztliche Bremse. Es scheint nur noch schwarz/weiß zu geben, alle Grautöne sind verschwunden. Gewinner (Winner) oder Verlierer (Loser) heißt die Devise, nach der wir alle spielen sollen, denn dadurch entsteht ja erst der Fortschritt (welcher eigentlich und für wen?).

Aber wie viele Merckles wird es noch dieses Jahr im Zuge der Krise bei uns in Deutschland geben? Ich vermute viele Hunderttausende. Hoffen wir nur, daß sich darunter niemand mehr zu einem Freitod entscheidet. Auch hier gehen Existenzen zu Bruch, Arbeitsplätze verloren, Ehen werden durch den aufkommenden Streit entzweit, Partnerschaften gehen auseinander, Wohnungen oder Häuser werden geräumt oder zwangsversteigert. Alles Dinge, die einen schon ziemlich verzweifeln lassen können. Und warum? Nur weil die Politik einigen unserer wirtschaftlichen Akteure einen Freifahrtschein für wirtschaftlichen Selbstmord ausstellte.

Wir werden so kurzfristig dieses System kaum ändern können. Aber versuchen wir es einfach anders angehen zu lassen, bekommen wieder eine gesündere Gelassenheit, sagen auch mal Nein, gehen anders auf Leute zu, die nicht unbedingt unserer Idealvorstellung entsprechen. Es gibt noch viele solcher Verhaltensweisen, derer man sich wieder erinnern kann. Auch wir sind in unserer Politik und Verantwortung mehr denn je gefordert.

Das weiche Wasser bricht den Stein.

JÖRG SCHNEIDERREIT, Stadtverordneter und Vorsitzender des Stadtverbandes DIE LINKE

Punkerin und Schreibtischtäter

Bei den »Offenen Worten mit Dagmar Enkelmann« Ende Januar ging es um ein schwieriges Kapitel DDR-Vergangenheit

Am Ende waren sich die fast 100 Besucher der »Offenen Worte mit Dagmar Enkelmann« am 25. Januar in der AWO-Begegnungsstätte Bernau weitgehend einig: 20 Jahre nach der Wende sollte es möglich sein, offen und ehrlich über die oftmals komplizierte Vergangenheit in der DDR zu reden. Daß es dabei keineswegs einfach ist, einander zuzuhören, die eigene Biografie zu erzählen, über Schuld und Mitschuld zu sprechen, hatte die zweistündige Veranstaltung zuvor ebenso deutlich gezeigt.

Das Hauptverdienst dabei gebührte den beiden Gästen: Angela Kowalczyk, DDR-Punkerin der ersten Stunde und von der Staatssicherheit als »feindlich-negatives Element« gebrandmarkt, sowie Dr. Jochen Girke, einst Psychologe an der MfS-Hochschule in Potsdam. Gastgeberin Dagmar Enkelmann hatte die Veranstaltung unter die Überschrift: »Aufarbeitung: Opfer und Täter« gestellt und zu Beginn betont: »Vor der Vergangenheit kann niemand fliehen – also muß man sich ihr stellen.«

Mit 16 Jahren hatte sich Angela Kowalczyk der Punk-Bewegung angeschlossen. »China« alias Angela Kowalczyk zog als bunte Punkerin durch die Hauptstadt, wollte »in der grauen Stadt« auffallen, wie sie sagte. Das allein reichte, daß »China« regelmäßig von der Volkspolizei »einkassiert« wurde. Sie schrieb Gedichte über das sinnentleerte Leben in »Ostberlin«, von denen sie eins auch in der AWO-Begegnungsstätte vorlas. »Würde ich das heute an einen Baum nageln – kein Mensch würde sich dar-

um kümmern«, verglich Kowalczyk die Zeiten.

Anfang der 80er Jahre in der DDR reichten ihr Lebensstil und ihre Verse aber aus, um in die Vernehmungsmühle der Staatssicherheit zu geraten. Bei der wurden die Betroffenen nach ausgeklügelten Strategien sich »menschlich« gebender Verhörer bearbeitet. »China« bekam Kaffee und Zigaretten serviert – mit der klaren Absicht, aus ihr Denunziationen über Freunde und die Punk-Szene herauszuholen.

Einer der geistigen Urheber dieser Verhörmethoden war Dr. Jochen Girke. Wegen des Versprechens, ihm nach der Armeezeit seinen Berufswunsch Kameramann erfüllen zu können, hatte er sich zu drei Jahren Dienst beim Wachregiment »Feliks Dzierzynski« verpflichtet. Danach studierte er Psychologie, kam als Dozent an die MfS-Hochschule in Potsdam und erarbeitete dort Vernehmungstrategien, die auch Angela Kowalczyks Schicksal bis heute bestimmen.

Daß er ein »Schreibtischtäter« gewesen war, hatte Girke schon Anfang der 90er Jahre öffentlich eingestanden. Dies Bekenntnis wie-



Punkerin Angela Kowalczyk, Dr. Dagmar Enkelmann, Dr. Jochen Girke (v.l.n.r.)

derholte er in Bernau. Seine Bestürzung darüber, wie eine »Berliner Pflanze« wie Angela Kowalczyk in der DDR so stigmatisiert werden konnte und wochenlang in den Knast mußte, nimmt man Girke heute ab. Damit habe sich die DDR junge Menschen, die nur anders leben wollten, erst zu Feinden gemacht, sagt er rückblickend. Das MfS sei am Ende zu einer politischen Polizei pervertiert. Warum das so kam und wie Opfer und Täter heute miteinander umgehen könnten – darüber debattierten Gäste und Publikum bei den »Offenen Worten« z.T. sehr kontrovers.

Märkische Oderzeitung (MOZ):

Redaktion ausgelagert

Anzeigensatz an Fremddienstleister

Die Geschäftsleitung der Märkischen Oderzeitung (MOZ) hat angekündigt, zum 1. April 2009 die komplette Redaktion und Teile des Verlags in die MOZ-Redaktion GmbH auszulagern, die bisher unter dem Namen GMD Gesellschaft für Mediendienstleistungen mbH firmiert. Die GMD ist die hauseigene Leiharbeitsfirma und 100-prozentige Tochtergesellschaft der Märkischen Verlags- und Druckhaus GmbH & Co KG, bei der vor allem Jungredakteure nach Abschluß ihres Volontariates, aber auch ehemalige Pauschalisten in den letzten Jahren angestellt wurden. Firmentarifverträge und Betriebsvereinbarungen bleiben für die betroffenen Mitarbeiter weiterhin gültig, da es sich bei der Auslagerung um einen Betriebsübergang nach § 613a BGB handelt. Zum 31. Juli 2009 soll auch der Anzeigensatz stillgelegt und an einen Fremddienstleister vergeben werden. Für die zwölf betroffenen Mitarbeiter werden in Kürze Sozialplanverhandlungen zwischen Betriebsrat und Geschäftsleitung aufgenommen. Wir erwarten von der Geschäftsleitung, daß sie auch zukünftig die tariflichen Regelungen einhält und kein Lohndumping betreibt. Ver.di fordert für die Mitarbeiter im Anzeigensatz sozialverträgliche Lösungen.

ANDREAS KÖHN,

Stellvertreter ver.di-Landesbezirksleiter

1. Integrationskonferenz

am 28.2. von 10 bis 14 Uhr im Kreishaus

Die StVVEberswalde hat am 13.1.2008 eine Konzeption für die Integration bleibberechtigter Zuwanderinnen und Zuwanderer beschlossen. Diese Konzeption ist ein Zeugnis dafür, daß Kommunalpolitik und Stadtverwaltung die zentrale Bedeutung erfolgreicher und nachhaltiger Integration der bleibberechtigten Zuwanderinnen und Zuwanderer in Eberswalde für eine zukunftsorientierte Stadtpolitik erkannt haben. Bürgermeister Friedhelm Boginski hat die Integration zur Chefsache erklärt. Um das Integrationskonzept qualifiziert umzusetzen, hat sich der Bürgermeister vorgenommen, regelmäßig Integrationskonferenzen mit bestimmten inhaltlichen Schwerpunkten durchzuführen. Schwerpunkte der 1. Eberswalder Integrationskonferenz werden Bildung und Beschäftigung sein. Dabei spannt sich der Bogen von Bildung im Kleinkindalter über schulische Bildung, betriebliche Ausbildung, lebenslanges Lernen bis hin zur Beschäftigung und damit auch Wirtschaftsförderung. Wir können und wollen es uns nicht leisten, weiterhin auf qualifizierte, motivierte Menschen mit und ohne Migrationshintergrund zu verzichten. Das Integrationskonzept finden Sie auf der Homepage der Stadt Eberswalde www.eberswalde.de/Bürgerservice/Integrationskonzept.

BARBARA EBERT

Aufruf zur bundesweiten Demo:

Wir zahlen nicht für ihre Krise!

Die Krise bedroht unsere Löhne, Arbeitsplätze und Sozialsysteme. Der Staat reagiert, indem er den Verursachern der Krise mit »Rettungspaketen«, »Bad Banks« und Staatshilfen Milliarden in den Rachen wirft. Wenn wir uns dagegen nicht wehren, werden Lohnabhängige und Arbeitslose die Zeche dafür zahlen.

Die derzeitige Krise ist keine normale Krise. Sie hat die ganze Welt erfaßt und stellt den schwersten Einbruch nach 1945 dar. Es ist kein Wunder, daß selbst bürgerliche Kommentatoren das Ende des Kapitalismus befürchten.

Die Finanzkrise war nur der Auslöser der Krise. Ihre tieferen Ursachen sind die schon seit den 1970ern bestehende Überakkumulation (Überproduktion von Kapital, Überkapazitäten) und die fallenden Profitraten. Diese Probleme waren auch der Grund für die Aufblähung des spekulativen Finanzsektors.

Der Staat versucht, mit Milliarden-Subventionen den Zusammenbruch der Wirtschaft zu verhindern. Doch das die Krise höchstens mildern und hinauszögern, aber weder lösen noch deren Ursachen beseitigen.

Staat und Kapitalisten wollen ihre Probleme auf Kosten der Lohnabhängigen und der Massen lösen. Zehntausende LeiharbeiterInnen haben ihre Jobs schon verloren, Kurzarbeit grassiert, die Massenarbeitslosigkeit steigt dramatisch. Um die immens gestiegene Staatsverschuldung wieder auszugleichen, wird es massive Angriffe auf Löhne, tarifliche Regelungen und Sozialleistungen geben, z.B. bei Renten und Gesundheitsvorsorge.

Dazu sagen wir: Wir zahlen nicht für ihre Krise! Bezahlen sollen die Kapitalisten, die ohne Rücksicht auf Mensch und Natur nur für ihren Profit wirtschaften, ausbeuten, plündern, zerstören. Sie und ihr System sind Schuld, nicht wir!

Das Kapital ist zu noch schärferer globaler Konkurrenz, ja zu einer Neuaufteilung der Welt gezwungen. Das bedeutet: noch stärkere Ausplünderung der »Dritten Welt«, noch mehr Zerstörung der Umwelt, noch mehr Kriege um Ressourcen und Einfluß.

Was tun?

Die »Rettungspakete« und »Verstaatlichungen« ändern nichts an der Funktionsweise des Systems; sie ändern nichts daran, daß das Eigentum und die Verfügung darüber in den Händen der Kapitalisten bleibt. Daher ist jedes Vertrauen in Kontrollen und Regelungen durch den Staat naiv. Nur das Eingreifen der Arbeiter-

klasse, die allen Reichtum produziert und am meisten unter der Krise leidet, kann wirklich etwas ändern – nur deren direkte Kontrolle über Finanzen, Produktion und Verteilung. Nur so ist es möglich, sich einen Überblick über die reale Lage zu verschaffen.

Deshalb fordern wir:

- Nein zu allen staatlichen Rettungspaketen für das Kapital! Für eine massive Progressiv-Steuer auf Reichtum und Kapital!
- Gegen Entlassungen! Für die Aufteilung der vorhandenen Arbeit auf Alle, bei vollem Lohn- und Personalausgleich!
- Verstaatlichung aller Unternehmen, die bankrott sind oder entlassen wollen – unter Kontrolle der ArbeiterInnen!
- Verstaatlichung aller Banken und Finanzunternehmen zu einer Zentralbank! Offenlegung aller Geschäftsunterlagen, Finanztransfers usw. für Kontrollkomitees der Arbeiterklasse!
- Weg mit den Hartz-Gesetzen! Für einen Mindestlohn, festgelegt von VertreterInnen der Beschäftigten und Arbeitslosen!
- Gegen die Inflation: Gleitende Anpassung der Löhne und Sozialeinkommen, festgelegt und kontrolliert durch ProduzentInnen und KonsumentInnen!

Diese Ziele sind aber nur erreichbar, wenn wir darum kämpfen! Proteste allein reichen nicht, wie die Bewegung gegen die Agenda 2010 gezeigt hat. Die einzige Sprache, die die Bosse verstehen, sind Massendemonstrationen, Blockaden, Besetzungen und politische Streiks! In Frankreich u.a. Ländern gingen schon Millionen auf die Straße oder streikten. So konnten sie einige Angriffe abwehren. Eine solche Massenbewegung müssen wir auch hier aufbauen!

Aus diesen Abwehrkämpfen kann und muß auch eine Kraft geschaffen werden, die den Kapitalismus stürzen und eine sozialistische Gesellschaft aufbauen kann, die Krisen, Umweltzerstörung, Elend und Krieg nicht mehr kennt.

Darum: Schluß mit der »Sozialpartnerschaft«, der Kungelei mit dem Kapital und dem Mitregieren! DGB, SPD und DIE LINKE müssen endlich kämpfen!

Die bundesweiten Protestdemos in Berlin und Frankfurt/Main am 28. März sind ein wichtiger erster Schritt im Widerstand gegen die Krise. Dafür muß auch hier in Eberswalde mobilisiert werden!

EUGEN NOWAK

(Eugen Nowak ist Mitglied der Gruppe Arbeitermacht, deutsche Sektion der Liga für die Fünfte Internationale)

GEH DENKEN – Dresden am 14. Februar 2009

Bitte helft uns, den größten Nazi-Aufmarsch Europas zu stoppen!

Die Busse fahren: 9 Uhr Eberswalde (Bahnhof/Busbhf. neu), 9.30 Uhr Bernau (Bahnhof).

Teilnehmermeldung bitte schnellstmöglich an: anmeldung.demo@region-bernaue.de

Das Finanzamt will kein Geld

Zu den Kennzeichen eines Staates gehört, daß dieser von seinen Staatsangehörigen Steuern eintreibt. In der BRD wird diese Funktion im wesentlichen durch das Finanzamt wahrgenommen. Mit säumigen Steuerzahlern wird nicht lange gefackelt. Das Finanzamt hat das Recht zur sofortigen Vollstreckung. Steuerbetrug ist das so ziemlich schwerste vorstellbare Verbrechen.

Zuweilen jedoch tragen sich seltsame Dinge zu. Jüngst wollte Jürgen M. aus Eberswalde beim Finanzamt seine Kfz-Steuern bezahlen. Doch er wurde sein Geld nicht los.

Am 5. Januar hatte Jürgen M. ein gebrauchtes Auto erworben. Am nächsten Tag in der Kfz-Zulassungsstelle des Kreises sagte man ihm, er müsse sich zunächst beim Finanzamt melden. Also machte sich Jürgen M., noch ohne zugelassenem Auto, zu Fuß ins Behördenzentrum in Südent auf. Wartemarke ziehen und warten, man kennt das. Als er aufgerufen wurde, trug er der Frau in der Anmeldung vor: »Ich möchte meine Steuern bezahlen für das Auto, das ich gestern gekauft habe.«

Die Anmeldedame verwies ihn weiter, zwei Etagen höher. Dort empfing ihn eine Abteilungsleiterin, die ihm eröffnete: »Tja Herr M., Sie haben Kfz.-Steuerschulden«. Was unseren Herrn M. arg verwunderte. Denn zuvor besaß er gar kein. Er wolle doch das eben erworbene Fahrzeug erst anmelden, machte er der Dame klar. Wie solle er da Steuerschulden haben? Nach einigen Telefonaten stellte sich schließlich heraus, daß es sich um eine Verwechslung gehandelt habe. Zufrieden mit dem Ausgang zückte Herr M. seine Geldbörse und sagte: »Dann will ich jetzt mal meine Steuer bezahlen.«

Staunen. »Das geht aber nicht«, sagt die Frau Abteilungsleiterin nach kurzem Schweigen. »Das Finanzamt nimmt kein Bargeld. Sie müssen uns eine Einzugsermächtigung erteilen.«

Nun staunte wiederum Herr M.: »Das kann nicht sein, ich zahle die Steuern für mein Grundstück, ich zahle die Stromrechnung, Wasser – alles in bar. Wieso kann ich das bei Ihnen nicht auch?«

»Bei uns können Sie nicht bar einzahlen«, wiederholte die Frau. »Bei uns müssen Sie ein Konto haben. Jeder hat doch ein Konto. Sie müssen doch auch eines haben.« Er habe nur ein Auszahlungskonto, erklärte Herr M., auf das seine Rente überwiesen werde. Die hole er sich gleich Anfang des Monats ab, und das war's. »Ich traue den Banken nicht über den Weg, Deshalb bezahle ich alles mit Bargeld. Ich sehe nicht ein, daß ich extra Bankgebühren zahlen soll. Hier ist mein Geld, wieviel muß ich bezahlen?«

Die Abteilungsleiterin, sichtlich überfordert, verwies Herrn M. an ihren Vorgesetzten, den Amtsleiter, der sein Büro in einem anderen Gebäude hat. Der Amtsleiter war von seiner Kollegin über das Problem bereits informiert. »Na dann ist es ja in Ordnung«, sagte Herr M. »Ich möchte hier meine Steuern bezahlen.«

Doch auch der Amtsleiter belehrte ihn: »Bei uns können Sie kein Geld einzahlen. Sie müssen uns schon Ihre Kontoverbindung geben, damit wir uns die Kfz.-Steuer abbuchen können.« Das sei so gesetzlich vorgeschrieben.

Tatsächlich gilt in Brandenburg seit 1. April 2006 eine entsprechende Verordnung des Finanzministeriums, die auf Grundlage von § 13 des Kraftfahrzeugsteuergesetzes erlassen wurde. »Künftig überprüft die Zulassungsbehörde automatisch«, teilte die Brandenburgische Staatskanzlei in einer Pressemitteilung vom 28. Februar 2006 mit, »ob der Antragsteller seine Kraftfahrzeugsteuer vollständig beglichen hat. Bestehen Rückstände, wird die Zulassung versagt.« Das erklärt, warum Herr M. überhaupt zum Finanzamt geschickt worden war. Und weiter heißt es: »Der Antragsteller muß bei der Zulassung des Fahrzeugs zur Erteilung einer Einzugsermächtigung seine Kontonummer, die Bankleitzahl und das Kreditinstitut angeben.« Zugleich wird darauf hingewiesen: »Nur in Ausnahmefällen wird die Zulassung auch ohne Lastschriftinzugsverfahren erteilt. Voraussetzung hierfür ist entweder der Nachweis einer unbefristeten Steuerbefreiung oder die Vorlage einer Härtefallbescheinigung des Finanzamts.«



Offenbar kannte der Amtsleiter die gesetzlichen Grundlagen nicht vollständig. Es hätte im Ermessen des Finanzamtes gelegen, dem Herrn M. eine »Härtefallbescheinigung« auszuhändigen. Statt dessen gab der Amtsleiter, nachdem er sich bei Kollegen telefonischen Rat geholt hatte, den Hinweis, daß Herr M. Bekannte oder Verwandte bitten könne, daß diese ihr Konto zwecks Erteilung einer Einzugsermächtigung zur Verfügung stellen. »Gut«, sagte Herr M. daraufhin zu dem Finanzbeamten, »dann geben Sie mir bitte Ihre Kontodaten. Dann überweise ich den Betrag von Ihrem Konto.«

Damit war der Kollege dann aber doch nicht einverstanden. Selbst für eine Beschwerde erklärte der Amtsleiter sich und das Eberswalder Finanzamt für unzuständig. Er riet Herrn M., daß er sich mit seinem Problem an den Petitionsausschuß des Landtages wenden solle.

Dort wird man überrascht sein. Denn das dürfte es noch nicht gegeben haben, daß sich jemand darüber beschwert, weil ihm verwehrt wird, daß er seine Steuern bezahlt...
G.M.

Weisheit des Tages

Das Jahr der Mathematik ist vorbei. Doch ganz auf mathematische Beiträge wollen wir dennoch nicht verzichten. Von unserem gelegentlichen Leser KLAUS KÖRNER erhielt die BBP-Redaktion folgende »Weisheit des Tages« (über die Sorte liebe sich natürlich streiten):

Wer vor 18 Monaten 1.158,48 Euro in die Aktien der Commerzbank investiert hat, mußte sich 18 Monate lang über fallende Kurse ärgern und hat heute noch 215,28 Euro übrig.

Wer vor 18 Monaten 1.158,48 Euro in Krombacher Bier investiert hat, konnte:

– 18 Monate lang jede Woche einen Kasten herrliches Pils genießen

– war ständig heiter

– hatte viel Spaß

– hat den Regenwald gerettet

– und hat heute noch....

(Achtung, jetzt kommt's)...

Leergut im Wert 223,20 Euro !!!!!!!!

PROST

Wanderplan

In der Touristinformation in der Königstraße von Bad Freienwalde können Interessierte kostenlos nun auch den Wander- und Veranstaltungsplan für März bis Mai 2009 erhalten. Der Plan Februar bis März 2009 ist natürlich ebenfalls erhältlich. Es ist außerdem möglich, sich die Pläne kostenfrei per Post zusenden zu lassen. Infotelefon 03344-333200. Im Internet ist der bisher geplante Jahresplan unter www.wanderfalkenfrw.de zu sehen.

BERND MÜLLER, Die NaturFreunde Deutschlands Regionalgruppe Oberbarnim-Oderland e.V.

An den Lubowseen

Am Sonntag, den 15. Februar, laden die NaturFreunde der Regionalgruppe Oberbarnim-Oderland zu einer Wanderung durch das NSG »Großer Lubowsee – kleiner Lubowsee«. Los geht es am Bioramaturm in Joachimsthal. Nach Besichtigung des Turmes mit Blick auf den Kleinen Lubowsee, den Grimnitzsee und Joachimsthal und bei guter Weitsicht zum Berliner Fernsehturm, fahren wir zum Parkplatz am Grimnitzsee und umwandern den Kleinen Lubowsee. Hier ist zu erfahren, warum der See so heißt. Dauer ca. 2,5 Std. mit Turmbesichtigung und ca. 5 km Weg. Treffpunkt: 13.30 Uhr Parkplatz gegenüber vom Bioramaturm in Joachimsthal. Gebühr: Erwachsene 2 Euro, Kinder 1 Euro, Naturfreunde 0,50 Euro (Eintritt Bioramaturm 1 Euro extra) (<http://www.biorama-projekt.org/routes.htm>) Wanderleiter ist Hans-Jürgen Müller.

BERND MÜLLER (www.berg-frei.de)

Barnimer Bürgerpost abonnieren!

Tel.: 0 33 34 / 35 65 42

Fax: 0 18 05 / 22 10 40 973

eMail: redaktion@barnimer-buergerpost.de

Ostsee-Familienfahrten 2009

In den vergangenen Jahren haben wir Familien aus dem Eberswalder Stadtteil »Brandenburgisches Viertel« im Sommer zu einer einwöchigen Familienfahrt an die Ostsee eingeladen. Unser Schwerpunkt liegt auf Familien mit besonderem Hilfebedarf. Familien, die mit ihren Kindern den Stadtteil nie verlassen, Familien mit erheblichen Problemen in der Lebensbewältigung, mit Erziehungsschwierigkeiten.

Mit 16 Familien verbrachten wir auch im vorigen Jahr eine Woche in Ückeritz (Usedom). Es gibt dort auf dem Zeltplatz eine Bungalowanlage aus DDR-Zeiten, sehr einfach. Jede Familie bewohnt einen Bungalow und doch sind wir zusammen in unserem Tun und Treiben.

Die Fahrten werden sozial-pädagogisch begleitet durch die Kirchengemeinde Finow und das Eltern-Kind-Zentrum im Brandenburgischen Viertel. Wir erarbeiten mit den Familien ein Wochenprogramm: wie z.B. Gute-Nacht-Geschichten für die Kinder, themenspezifische Gespräche, Ausflug, Kinderfest, gemeinsame Essenzubereitung ... – kurz »Familienbildung«.

Was erleben wir: Familien, die zum erstenmal verreisen, die sich dafür eine Reisetasche zulegen müssen. Eltern und Kinder, die erstmalig die Ostsee sehen. Wir erleben viel Gemeinschaft. Fröhlichkeit. Dankbarkeit und Nachhaltigkeit. So entstand im letzten Jahr bei einem Familienvater die Idee, mit einer kleinen Kindergruppe die Strecke zur Bungalowanlage per Fahrrad zu bewältigen.

In diesem Jahr soll es zwei zwei Durchgänge geben, damit wir noch mehr Familien erreichen können (32 Familien), in der Zeit vom 18. Juli bis 1. August.

Die Finanzierung: Die Familien zahlen einen Beitrag von 100 Euro. Dafür sparen die Familien oft ein ganzes Jahr. Zumal noch Zusatzkosten dazukommen: da mal ein Eis ...

Wir nutzen alle Fördermöglichkeiten: Stadt Eberswalde. Landkreis Barnim, Kirchenkreis Barnim, Kirchengemeinde Finow, Land Brandenburg. Aber das reicht nicht aus! In diesem Jahr fördert das Programm »Soziale Stadt« die Fahrten nicht mehr, weil es dort keine Dauerförderung gibt. Wir haben relativ hohe Fahrtkosten, weil die meisten Familien kein Auto besitzen. Die Kosten für Unterkunft liegen bei ca. 8000 Euro, für die Fahrt bei 2000 Euro, für Kurtaxe bei 500 Euro und für Verpflegung benötigen wir ca. 1500 Euro. Gesamt: 12000 Euro. Mit den Teilnehmergebühren und den Fördermitteln können wir 7000 Euro abdecken. Leider fehlen uns noch ca. 5000 Euro.

Daher starten wir einen umfassenden Spendenaufruf und sind über jede noch so kleine Spende dankbar. Spendenquittungen werden selbstverständlich ausgestellt.

Unsere Bankverbindung: Ev. Kirchenkreisverband, Berliner Volksbank, BLZ 10090000, Kto-Nr.:3594110004, Verw.-Zweck: Spende: Familienfahrt Ückeritz.

HARTWIN SCHULZ und JENNY WÖRPEL

Freie Oberschule Finow e.V.

Biesenthaler Straße 14/15
16227 Eberswalde

www.freie-oberschule-finow.de



Jeden Dienstag 16 - 18 Uhr Schulcafé

mit Informationen, Gesprächen, Besichtigungen und Anmeldungen für die 7. Klasse des neuen Schuljahres 2009/2010, das am 1. September beginnt.

Dietrich-Bonhoeffer-Haus, Potsdamer Allee 35, 16227 Eberswalde, Tel. 03334/383930, eMail: gemeindezentrum-bbv@t-online.de
Eltern-Kind-Zentrum BBV, Finsterwalder Str.6-8, 16227 Eberswalde, Tel. 03334/381615, eMail: EKZ.BrandenburgischesViertel@web.de

impresum

herausgeber: Barnimer Bürgerpost e.V.
anschrift: Lehnitzseestr. 3, 16227 Eberswalde
telefon: (0 33 34) 35 65 42
telex: (0 18 05) 22 10 40 973
e-mail: redaktion@barnimer-buergerpost.de
bbpforum: http://de.groups.yahoo.com/group/bbp-forum/
redaktion: Gerd Markmann
fotografie: bbp-Archiv, Behm, Gemski, Markmann (3), Triller
druckerei: Grill & Frank · (0 33 34) 35 39 18
redaktionsschluß: 31. Januar 2009

Namentlich gekennzeichnete Beiträge müssen nicht mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen. Nachdruck, wenn nicht anders bestimmt, bei Angabe der Quelle und Zusendung eines Belegexemplars erlaubt. Bankkonto: Konto-Nr. 359 946 1000 bei der Berliner Volksbank, BLZ 100 900 00. Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 2 vom 1. Januar 2002. Abopreise (12 Ausgaben): Normal-Abonnement 9 EURO, ermäßigt 3 EURO, Förder-Abo 12 EURO.

Redaktionsschluß der NÄCHSTEN AUSGABE ist am 28.2.2009, 12 Uhr.

Barnimer Bürgerpost

Ich bestelle ab sofort die „Barnimer Bürgerpost“

- zwei Ausgaben zur kostenlosen Probe
 Normalabonnement (12 Ausgaben: 9 EURO)
 ermäßigtes Abonnement (12 Ausgaben: 3 EURO)
Schüler, Studenten, Einkommenslose bzw. -schwache (monatl. Einkommen unter 600 EURO)
 Förderabonnement (12 Ausgaben: 12 EURO – 9 Euro + 3 Euro Spende)
 Förderabonnement »Gold« (12 Ausgaben: 18 EURO – 9 Euro + 9 Euro Spende oder mehr)

Die „Barnimer Bürgerpost“ erscheint derzeit einmal im Monat. Das Abonnement verlängert sich automatisch um den angegebenen Zahlungszeitraum zum gültigen Bezugspreis, falls ich nicht 20 Tage vor dessen Ablauf schriftlich kündige. Beim Vertrieb über die Deutsche Post wird eine Versandkostenpauschale von 8 EURO pro Jahr erhoben (entfällt ab 2 Exemplaren).

Ich zahle: per Bankeinzug per Rechnung

Kontonummer Bank Bankleitzahl

Name, Vorname Straße, Hausnummer

PLZ, Ort Datum, 1. Unterschrift Abonnent/in

Widerrufsrecht: Innerhalb einer Frist von 14 Tagen nach Absendung (Datum Poststempel) kann ich diese Bestellung widerrufen:

2. Unterschrift Abonnent/in

Ich möchte Mitglied beim BBP-Forum werden (eMail-Liste nur für Abonnenten):

E-Mail-Adresse (Angabe ist notwendig für eine Teilnahme am BBP-Forum)

Coupon senden an: Gerd Markmann, Lehnitzseestr. 3, 16227 Eberswalde
(Bestellmöglichkeit per Telefon, Fax und e-mail siehe Impressum)